

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 20. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2008-2012)

Sitzungsdatum: 15. / 16. Juni 2010
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 – 21.00 Uhr (15.06.2010) sowie 18.00 – 20.00 Uhr (16.06.2010)

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Armin Bieri, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Dr. Anton Lauber, Präsident
Nicole Nüssli-Kaiser, Vizepräsidentin
Christoph Morat
Franziska Pausa
Robert Vogt
Arnold Julier
Thomas Pfaff

Gemeindeverwaltung: Sandra Steiner, Gemeindeverwalterin
Nic Proschek, Rechtsdienst

Gäste:

Entschuldigt
15.06.2010: Rolf Adam
Jean-Claude Bourgnon
Peter Brack
Jürg Gass
Semra Sakar
Nedim Ulusoy

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 34 Anwesende = 23

Gäste: Herrn Möschli, Post
(Präsentation zur Petition „Wir fordern eine Poststelle in Fussdistanz für Neuallschwil“)

Entschuldigt
16.06.2010: Jürg Gass
Evelyne Roth

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 36 Anwesende = 24
18.15 Uhr 37 Anwesende = 25

Bereinigte Traktandenliste

Dienstag, 15. Juni 2010, 18.00 Uhr

1. Wahl eines Mitgliedes der **Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen** anstelle des zurückgetretenen Werner Schwarz, SVP-Fraktion, (Sitz steht CVP zu) für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2012) Geschäft 3935
2. Wahl eines Mitgliedes der **Geschäftsprüfungskommission** anstelle von Franziska Pausa, SP/EVP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2012) Geschäft 3936
3. Wahl eines Mitgliedes des **Wahlbüros** anstelle von Franziska Pausa, SP/EVP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2012) Geschäft 3937
4. Wahl eines Mitgliedes des **Wahlbüros** anstelle des zurückgetretenen André Sümeghy, Grüne-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2012) Geschäft 3943
5. Bericht des Gemeinderates vom 30.03.2010 und Bericht der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 21.05.2010 betreffend der **Jahresrechnung 2009**
Geschäftsvertretung: VP Nicole Nüssli Geschäft 3933 / A
6. Bericht des Gemeinderates vom 11.05.2010 betreffend **Kosten-/Leistungsrechnungen, Leistungsberichte 2009** sowie Bericht der GPK vom 15.05.2010 betreffend **Prüfung der Leistungsberichte 2009**
Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber Geschäft 3934 / A
7. Bericht des Gemeinderates vom 24.03.2010 sowie Bericht der GPK vom 15.05.2010 betreffend **Geschäftsberichte 2009 des Gemeinderates, der Schulräte und der übrigen Behörden**
Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber Geschäft 3903 / A
8. Bericht des Gemeinderates vom 14.04.2010 betreffend **Initiative Schuldenbremse**
Geschäftsvertretung: VP Nicole Nüssli Geschäft 3923

Mittwoch, 16. Juni 2010, 18.00 Uhr

Präsentation der Post zur Petition „Wir fordern eine Poststelle in Fussdistanz für Neualschwil“

9. Wahl der **Mitglieder des Büros des Einwohnerrates für die Amtsperiode 2010/2011**
 - a) Wahl des Präsidenten / der Präsidentin des Einwohnerrates
 - b) Wahl des 1. Vize-Präsidenten / der 1. Vize-Präsidentin
 - c) Wahl des 2. Vize-Präsidenten / der 2. Vize-Präsidentin
 - d) Wahl von 2 Stimmezählern / Stimmezählerinnen
 - e) Wahl von 2 Ersatzleuten für die Stimmezähler / Stimmezählerinnen Geschäft 3944
 10. Bericht des Gemeinderates vom 21.04.2010 und Bericht der VPK vom 26.05.2010 betreffend **Genehmigung der Quartierplanung Unterdorf 2009 bestehend aus Quartierplan und Quartierplanreglement und Mutation „Unterdorf“ zum Zonenplan Siedlung, 1. Lesung**
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 3932 / A
-

11. Bericht des Gemeinderates vom 02.06.2010 betreffend
**Bewilligung eines Verpflichtungskredites von CHF 160'000
zur Beschaffung eines Atemschutz-Fahrzeugs für die Feuerwehr**
Antrag des ER-Büros: Direkte Beratung
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff Geschäft 3946
12. Bericht des Gemeinderates vom 27.04.2010 zum Postulat
von Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion, vom 15.02.2006 betreffend
Naturschutzkonzept
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 3649 / A
13. Postulat von Nedim Ulusoy, Grüne Allschwil, vom 28.04.2010 betreffend
Pedibus für Allschwil
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Franziska Pausa Geschäft 3941
14. Postulat von Christoph Benz und Barbara Selinger, EVP, Andreas Bammatter, SP,
Julia Gosteli, Grüne, Jérôme Mollat, Grünliberale, vom 28.04.2010 betreffend
Sauberer Strom für Allschwil (Atom- und CO2-frei)
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme, wenn Text entsprechend angepasst wird
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 3942

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER des Gemeinderates

Für das Protokoll:

Marianne Eggenberger / Nic Proschek, Rechtsdienst

Einwohnerratsprotokoll Nr. 20 vom 15. Juni 2010

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des
Einwohnerrates Allschwil**

Armin Bieri

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

Armin Bieri, Präsident: Geschätzte Anwesende, es ist 18.00 Uhr, ich möchte die heutige Sitzung eröffnen. Es gibt heute einige Neuerungen. Ich möchte zum ersten Mal als Gemeinderätin Frau Franziska Pausa speziell begrüßen. Auch die neue Einwohnerrätin Frau Liane Klausner, die Herr Werner Schwarz ersetzt, begrüße ich herzlich. Des Weiteren ist Herr Thomas Möller neu, anstelle von Frau Franziska Pausa.

[Entschuldigungen/Präsenz: siehe Protokolleingang]

Armin Bieri, Präsident: Ihr habt alle ein auf gestern datiertes Rücktrittsschreiben von Herrn Jürg Gass erhalten. Er tritt aus persönlichen Gründen per sofort zurück. So amten, da sich auch der Ersatzstimmzähler Herr Nedim Ulusoy für heute abgemeldet hat, Herr Stephan Wolf und Herr Kurt Kneier als Stimmzähler.

Dringliche Interpellationen oder Postulate: Es sind keine Interpellationen oder Postulate eingegangen. Allerdings haben wir 1.5 neue Postulate. Ein Postulat der CVP-Fraktion: Mehr Sicherheit in unserer Gemeinde, eingereicht von Frau Mathilde Oppliger. Möchte die Postulantin dazu etwas sagen?

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Herr Präsident, sehr verehrte Anwesende. In letzter Zeit sind mehr Einbrüche getätigt worden, als es sonst der Fall ist. Es war in Allschwil immer schon etwas prekär, eventuell weil wir an der Grenze zu Frankreich liegen und die Leute rascher fliehen können. Wir haben ein Postulat eingereicht, welches prüfen möchte, ob die Gemeindepolizei aufgestockt werden könnte.

Armin Bieri, Präsident: Danke. Dann kommen wir zum erwähnten "halben" Postulat. Dies ist eine neue Version des Postulats, welches wir als Nummer 14 auf der Traktandenliste vorgesehen haben: Geschäft 3942 „Sauberer Strom für Allschwil“. Möchte die Postulantengruppe etwas dazu sagen?

Christoph Benz, EVP: Ich kann kurz etwas dazu sagen. Die ursprüngliche Version hatte, obschon als Postulat eingereicht, nicht die Formulierung auf "prüfen und berichten" beinhaltet. Der Gemeinderat hat dies gewünscht. Da ich dies nachvollziehen kann, habe ich das gerne gemacht. Einem weiteren Wunsch bin ich nicht mehr nachgekommen, und reiche das Postulat so ein. Der Inhalt blieb derselbe, die Stossrichtung ist klar: 100% erneuerbare Energie, das prüfen und berichten. Merci.

Armin Bieri, Präsident: Danke. Wir kommen zur Traktandenliste. Diese wurde fristgemäss versendet. Gibt es vom Rat her Änderungswünsche? – Dann ist die Traktandenliste so genehmigt. Wir haben für heute bis zum Traktandum 8 geplant, mit dem Zusatz, wenn die Zeit reicht, dass wir noch weiter gehen. Meine Zielvorgabe wäre, bis zum Traktandum 11 zu kommen. Ich denke, das sollte eigentlich möglich sein. Wir kommen zu Traktandum 1.

527 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1

Wahl eines Mitgliedes der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen anstelle des zurückgetretenen Werner Schwarz, SVP-Fraktion, (Sitz steht CVP zu) für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2012), Geschäft 3935

Armin Bieri, Präsident: Gibt es einen Wahlvorschlag?

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Verehrte Anwesende, die CVP-Fraktion schlägt ihnen für die Verkehrs- und Planungskommission Herrn Peter Brack vor.

Armin Bieri, Präsident: Danke. Gibt es weitere Vorschläge?.

://:

Das ist nicht der Fall, die Wahl ist somit genehmigt

528 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2

Wahl eines Mitgliedes der Geschäftsprüfungskommission anstelle von Franziska Pausa, SP/EVP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2012), Geschäft 3936

Armin Bieri, Präsident: Gibt es einen Wahlvorschlag? – Herr Andreas Bammatter.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Besten Dank. Unsere Fraktion schlägt ihnen Herrn Jean-Claude Bourgnon vor. Er ist heute nicht da, weil er Prüfungen abzunehmen hat.

Armin Bieri, Präsident: Gibt es weitere Vorschläge? –Das ist nicht der Fall

://:

Damit ist auch diese Wahl bestätigt.

529 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 3

Wahl eines Mitgliedes des Wahlbüros anstelle von Franziska Pausa, SP/EVP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2012), Geschäft 3937

Armin Bieri, Präsident: Herr Andreas Bammatter.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Der Vorstand der SP schlägt ihnen Niggi Morat, den Bruder von Christoph Morat, vor.

Armin Bieri, Präsident: Gibt es weitere Vorschläge? – Herr Josua Studer.

Josua Studer, parteilos: Herr Präsident, werde Anwesende. Ich habe keinen Vorschlag vorzubringen, sondern eine Anfrage an den Präsidenten. Er möchte uns doch jeweils fragen, ob eine stille Wahl in Ordnung sei. Sie fragen uns nur an, ob es andere Kandidaten gibt, aber damit ist eine Wahl nicht automatisch erfolgt.

Armin Bieri, Präsident: Danke für die Bemerkung. Ich nehme sie dankend zur Kenntnis. So frage ich nun, ob die stille Wahl so genehm ist. Ich stelle fest, es ist so und die Wahl ist somit genehmigt.

530 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 4

Wahl eines Mitgliedes des Wahlbüros anstelle des zurückgetretenen André Sümeghy, Grüne-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2012), Geschäft 3943

Armin Bieri, Präsident: Gibt es einen Wahlvorschlag der Grünen?

Rita Urscheler, Fraktion Grüne: schlagen Frau Viola Jackman vor. Wir sind sicher, sie wird eine Bereicherung für dieses Gremium sein. Ich sage jetzt nicht, dass es deine Tochter ist, oder?

Armin Bieri, Präsident: Gibt es weitere Vorschläge? – Ist eine stille Wahl genehm?

://:

Dann gilt auch diese Wahl als genehmigt.

531 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 5

Bericht des Gemeinderates vom 30.03.2010 und Bericht der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 21.05.2010 betreffend der Jahresrechnung 2009
Geschäftsvertretung: VP Nicole Nüssli, Geschäft 3933 / A

Armin Bieri, Präsident: Ich gebe das Wort Frau Nicole Nüssli.

Gemeinderätin Nicole Nüssli: Verehrter Präsident, geschätzte Damen und Herren. Es freut mich sehr, dass ich ihnen heute die Rechnung 2009 präsentieren darf. Wir haben in der Gemeinde Allschwil für die Rechnung 2009 erneut ein Ausnahmeergebnis zu verzeichnen. Freude herrscht, würde man in der Privatwirtschaft sagen. Ich denke, wir dürfen dies auch für die Gemeinde in Anspruch nehmen. Vor allem, wenn man die anstehenden Sanierungen der Schulhausbauten im Kopf hat, für welche wir Geld brauchen. Das eingenommene Geld kann dort gut gebraucht werden. Das Ergebnis ist vor allem auf Einsparungen, insbesondere bei der sozialen Wohlfahrt, und auf wesentlich höhere Steuererträge zurückzuführen vor allem in den Jahren 2007 und 2008. Wir haben einen Ertragsüberschuss von rund CHF 680'000 zu verzeichnen gegenüber dem budgetierten Aufwandüberschuss im Jahr 2009 von CHF 478'000. Das heisst, es gibt eine Verbesserung von rund CHF 1'100'000. Wir konnten weiter einige Abschreibung in der Höhe von CHF 10'700'000 auf dem Verwaltungsvermögen tätigen. Alle Spezialfinanzierungen schliessen mit Mehrerträgen ab. Auch haben wir eine Einlage über CHF 900'000 für die Vorfinanzierung Abwasserentsorgung vorgenommen. Die Investitionsrechnung schliesst mit Mehreinnahmen von CHF 400'000 ab. Das heisst, dass wir bei der Investitionsrechnung mehr eingenommen als ausgegeben haben. Das Ergebnis der laufenden Rechnung sieht in Zahlen so aus: Wir haben einen Totalertrag von CHF 82'100'000 gegenüber den budgetierten CHF 72'300'000. Das heisst eine Ertragsverbesserung gegenüber dem Budget um CHF 9'800'000. Beim Gesamtaufwand 2009, ohne die zusätzlichen Abschreibungen und ohne die Einlage in die Vorfinanzierung, haben wir rund CHF 3'000'000 tiefer abgeschlossen als budgetiert. Das Gesamtergebnis ist, wie gesagt, die Abweichung von CHF 1'100'000 zwischen dem Budget und der effektiven Rechnung 2009.

Zu den Positionen: Die grössten Veränderungen auf der Aufwandseite sehen Sie bei den Passivzinsen, da haben wir 23,5% besser abgeschlossen, in Franken sind das CHF 430'000. Bei der sozialen Wohlfahrt sind wir auch rund CHF 1'100'000 besser gefahren. Weitere Veränderungen sind die ausserordentlichen Abschreibungen in Höhe von CHF 10'700'000. Die Einlage über CHF 900'000 für die Sonderfinanzierung sieht man hier auch.

Auf der Seite des Ertrags der laufenden Rechnung 2009 sieht man die Position, warum das gute Ergebnis zustande kam. Die Steuern 2009 haben wesentlich anders abgeschlossen, als wir uns das vorgestellt haben. Dies nicht auf Seiten der natürlichen Personen, sondern bei den juristischen Personen. Da haben wir eine Verbesserung gegenüber dem Budget von CHF 7'300'000. Bei den natürlichen Personen stagnierten die Steuereinnahmen, sie sanken sogar um CHF 1'100'000. Dies zeigt, dass wir von den juristischen Personen leben. Ich darf sagen, dass es nur ca. 12 Firmen sind, die für den Ertrag verantwortlich sind. Bei den Vermögenserträgen sehen sie auch eine leichte Zunahme, in Franken ca. CHF 127'000.

Die Unterscheidung der laufenden Rechnung 2009 im Verhältnis zum Budget nach Funktionen: Eine relevante Budgetüberschreitung hatten wir bei den Gesundheitskosten: CHF 307'000. Der Grund sind die bezahlten höheren Spitexbeiträge. Alle übrigen Überschreitungen sind auf die zusätzlichen

Abschreibungen der CHF 10'700'000 zurückzuführen. Ich kann ihnen nicht genau sagen, in welcher Funktion das genau ist. Es ist verteilt und verbucht auf die Bereiche Bildung, Verkehr, Kultur und Freizeit und Umwelt- und Raumplanung. Sie sehen, bei den Steuern haben wir eine wesentliche Zunahme von CHF 9'200'000 gegenüber dem Budget erreicht.

Auf dieser Folie sehen sie, wohin unser Geld geht. Ein wichtiger Teil ist die Bildung mit 29% und die soziale Wohlfahrt mit 21%. Die beiden Positionen ergeben zusammen rund 50%. Die anderen Positionen sind dem gegenüber kleiner und relativ unbedeutender.

Auf der Ertragsseite, das ist wohl jedem klar, sind es die wichtigen Steuereinnahmen mit 74%. Die Gebühren für Spezialfinanzierungen belaufen sich auf 11%. Die beiden Bereiche zusammen generieren 85%, der Rest teilt sich auf.

Eine Aussage zu den Entwicklungen der Steuererträge: Seit 2003 sind die Steuereinnahmen der natürlichen Personen etwa gleich. Nach dem leichten Anstieg 2008 ging es 2009 wieder zurück. Die Einnahmen lagen immer zwischen CHF 38'800'000 und in diesem Jahr CHF 43'100'000.

Bei den Steuereinnahmen der juristischen Personen gab es einen wesentlichen Sprung. Dieser zeichnet sich seit 2008 ab. Vorher lagen die Steuereinnahmen zwischen CHF 6'500'000 und CHF 7'600'000. 2008 waren es CHF 12'700'000 und diese Jahr stiegen die Steuereinnahmen auf CHF 16'700'000. Die Zunahme von 2008 bis 2009 belaufen sich auf rund CHF 4'000'000 bei den juristischen Personen.

Die Entwicklung seit dem Jahr 2000 ist leider eine Berg- und Talfahrt. Wir hatten schon einmal einen Aufwandüberschuss von CHF 2'500'000. 2008 hatten wir das Gegenteil einen Ertragsüberschuss von CHF 2'500'000 und heute sind es CHF 685'000 Ertragsüberschuss, nebst den Einlagen in die Vorfinanzierung und nebst den ausserordentlichen Abschreibungen von CHF 10'700'000.

Zur Investitionsrechnung: Wir haben wesentlich mehr eingenommen, als wir ausgegeben haben. Wir hatten Investitionen budgetiert, die dann letztes Jahr nicht realisiert werden konnten. Ein grosser Brocken ist das Feuerwehrmagazin. Aufgrund der Einsprache konnte mit der Arbeit noch nicht begonnen werden. Die Ausgaben konnten also nicht getätigt werden. So konnten CHF 386'000 Mehreinnahmen verbucht werden. Budgetiert waren Nettoinvestitionen von CHF 7'600'000. Ein wesentlicher Unterschied also zwischen dem Budget und der Rechnung.

Eine Aussage zur Entwicklung der Nettoschuld: Seit 2004 konnten wir unsere Schulden stets abbauen. 2004 hatten wir CHF 55'000'000. Dann sind wir CHF 1'000'000 retour gegangen, dann CHF 2'000'000 und 2008 konnten wir CHF 11'500'000 abbauen, im 2009 sind es CHF 4'000'000. 2008 hatten wir eine Nettoschuld pro Einwohner von CHF 777. Heute haben wir ein Nettovermögen pro Einwohner von CHF 59, also weg von der Schuld zum Vermögen.

Auch das Eigenkapital hat sich positiv entwickelt. Unser gestecktes Ziel, CHF 6'000'000 Eigenkapital aufzubauen, schien lange unrealistisch. Es wurde diskutiert, ob man das Ziel herunterschrauben soll. Der Gemeinderat hielt aber am Ziel der CHF 6'000'000 Eigenkapital fest. 2009 konnte dieses Ziel realisiert werden.

Zu den Spezialfinanzierungen: Bei allen drei Spezialfinanzierungen haben wir Ertragsüberschüsse verzeichnet. Bei der Wasserversorgung ist es fast eine Punktladung im Vergleich zum Budget. Wir haben CHF 113'000 Ertragsüberschuss, damit konnte der Bilanzfehlbetrag auf CHF 45'000 abgebaut werden.

Bei der Spezialfinanzierung Abwasserentsorgung haben wir CHF 39'000.- Ertragsüberschuss gegenüber dem Budget. Auf Grund einer Gebührensenkung beim Kanton haben wir noch Ertragsüberschüsse von CHF 900'000 erzielt, diese legten wir in die Vorfinanzierung einer Kanalsanierung ein.

Bei der Spezialfinanzierung Abfallbeseitigung haben wir einen Ertragsüberschuss von CHF 222'000 realisiert. Der Aufwand entspricht dem Budget. Das Ergebnis ist bedingt durch höhere Erträge.

Zur Zielerreichung: Die Jahresrechnung 2009 trägt wesentlich zum Erreichen der langfristig gesetzten strategischen Finanzziele 2009-2014 bei. Wir haben einen positiven Rechnungsabschluss. Wir konnten das Eigenkapital auf CHF 6'000'000 aufbauen, wir konnten weitere CHF 4'000'000 Schulden abbauen, wir haben einen Selbstfinanzierungsgrad von über 100%, wir konnten Nettoinvestitionen mit den ordentlichen Abschreibungen finanzieren und die Nettoschuld ist kleiner als CHF 1750, nämlich ein Nettovermögen.

Was sind die Konsequenzen dieser Aussage: Wir befinden uns weiterhin in der Finanz- und Wirtschaftskrise. Seit dem 1. Januar 2007 wirkt die Steuergesetzrevision und trotzdem konnten wir so gut abschliessen. Obschon so gedacht, gab es bei den Steuererträgen keinen Einbruch. Die grösseren juristischen Personen, circa zwölf, generierten in den letzten Jahren einen stetigen Zuwachs der Steuereinnahmen. Wir brauchen diese Steuereinnahmen, sie sind nicht überflüssig. Wir haben Investitionsvorhaben im Kopf: Feuerwehrmagazin, Schulhausneubauten und Aufgaben im Verkehr. Obschon 2009 die Finanz- und Wirtschaftskrise noch wirkte, hatten wir keine Mehraufwände bei den Sozialhilfeleistungen. Im Gegenteil, CHF 1'100'000 konnten gegenüber dem Budget eingespart werden. Die künftigen laufenden Rechnungen werden durch die hohen Abschreibungen entlastet werden, darum wurden sie auch getätigt und nicht als Mehrertrag ins Eigenkapital verbucht. Grosse Verschiebungen von Investitionen entlasten die Rechnung 2009, dies liess eine Liquiditäts- und Schuldenplanung zu. Die Spezialfinanzierungen wiesen durchgehend Mehrerträge aus.

Ein ausgeglichener Finanzhaushalt ist nach wie vor das Ziel des Gemeinderates. Er ist der Meinung, dass in der Finanzplanung keine Änderungen vorgenommen werden dürfen. Das heisst, die Sparmassnahmen werden weitergeführt, Investitionsvorhaben werden kritisch geprüft und es dürfen keine neuen Aufwendungen vorgenommen werden.

Bevor ich ganz schliesse, möchte ich meinen Dank, stellvertretend für die Verwaltung, Herrn Dieter Pfister aussprechen. Sie haben eine sehr gute Arbeit nach bestem Wissen und Gewissen gemacht. Dies wurde auch von der Revisionsstelle BDO Visura bestätigt. In den Gesprächen wurde marginal wenig bemängelt. Ich danke auch der FIREKO unter der Leitung von Herrn Hanspeter Tschui, welche die Rechnung prüfte und den Bericht verfasste. Ich bitte sie, die Rechnung 2009 gemäss dem Antrag des Gemeinderates zu genehmigen.

Armin Bieri, Präsident: Danke Frau Gemeinderätin Nicole Nüssli. Das Wort hat der Präsident der Finanz- und Rekurskommission.

Hans-Peter Tschui, SVP-Fraktion: Sehr verehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren. Die FIREKO beantragt dem Einwohnerrat die Jahresrechnung 2009 zu genehmigen und den Antrag des Gemeinderates zur Überschussverwendung nach § 30 der Gemeindefinanzverordnung anzunehmen. Die beiden Beschlüsse entstanden einstimmig und ohne Enthaltungen. Den Bericht 3933A möchte ich an dieser Stelle nicht weiter kommentieren, ich gehe davon aus, dass dieser, ebenso wie die finanzpolitischen Einschätzungen der FIREKO, verstanden wurde. Zwei Sachen möchte ich aber an dieser Stelle hervorheben:

1. Die Hauptabteilung Finanzen, Steuern und Controlling ist gut aufgestellt. Die Prozessorganisation, die eingesetzten Systeme, Hilfsmittel und Methoden entsprechen sowohl den gesetzlichen Ansprüchen als auch den fachlichen Standards der Rechnungsführung und des Controllings, Stichwort internes Kontrollsystem. Die zu erwartenden Veränderungen mit der Einführung eines neuen Rechnungsmodells im Jahre 2013 sind erkannt. Konkrete Vorbereitungen wie der Aufbau einer Anlagebuchhaltung sind aufgesetzt oder in Planung. Im Projekt neue Kosten und Leistungsrechnung werden die neuen Randbedingungen des neuen Rechnungsmodells HRM2 genannt, so dass die inhaltlich organisatorischen Auswirkungen auf Prozess und System frühzeitig erkannt und rechtzeitig neu ausgerichtet, instruiert und eingeführt werden können. Das Team unter der Leitung des Hauptabteilungsleiters Herr Dieter Pfister ist kompetent unterwegs. Die Beurteilung der FIREKO wird auch von der externen Revisionsstelle BDO AG geteilt. Dies ist doch ebenso erfreulich, wie das vorliegende Rechnungsergebnis 2009.

2. Ich möchte anhand der Folie die Haushaltsentwicklung der letzten acht Jahre in übergeordnet strategischer Sicht kommentieren. Die rote Kurve steht für den ordentlichen Aufwand vor Abschreibungen und Vorfinanzierungen, die blaue steht für den Ertrag. Beachten sie, dass im Zeitrahmen 2002 bis 2007, als Ausdruck der Budgetdisziplin, der ordentliche Aufwand praktisch gleich geblieben ist. Die Ertragsschwankungen in derselben Periode lagen bei rund 3%. Das durchschnittliche Rechnungsergebnis lag in diesem Zeitraum, nach Abschreibungen und Vorfinanzierungen, mit CHF 170'000 im leicht rotgefärbten Bereich. Trotz dem engen finanziellen Handlungsspielraum, auf den der Gemeinderat verschiedentlich hinwies, hat dieser die Schulden in diesem Zeitraum von ursprünglich CHF 53'400'000 auf CHF 52'000'000 reduzieren können. 2008 öffnete sich eine Aufwand/Ertragsschere, die den erwähnten engen Handlungsspielraum sprunghaft verbesserte. Die Veränderungen im Jahr 2008 wurden als ausserordentlich bezeichnet. Im Jahr 2009 wurden diese eindrucksvoll bestätigt. Die Ergebnisse führten zu einer markanten Verbesserung der Finanzstrukturen, oder anders gesagt: Die formulierten Massnahmen zur Erreichung der finanzpolitischen Strategieziele konnten erfolgreich umgesetzt werden. Die Schulden wurden von CHF 52'000'000 auf CHF 36'500'000 reduziert. Das Eigenkapital wurde zielgemäss auf 6'000'000 erhöht. Für Investitionen konnten Vorfinanzierungen in der Höhe von gesamt CHF 9'200'000 getätigt werden. Letztlich, das ist im Bericht besonders beschrieben, konnten ausserordentliche Abschreibungen von CHF 10'800'000 vorgenommen werden. Im Finanzplan 2014 sind Nettoinvestitionen von über CHF 28'800'000 eingestellt. Der Selbstfinanzierungssaldo für diese Planperiode beträgt CHF 18'800'000, sodass unter Einbezug der CHF 9'200'000 Vorfinanzierung ein Selbstfinanzierungsgrad von rund 98% erreicht wird. Das dürfte bei der Planungsgenauigkeit wohl nahe genug an den angestrebten 100% sein.

Wir sind nun sehr darauf gespannt, ob das Rechnungsjahr 2010 den überaus erfreulichen Trend der beiden Vorjahre bestätigen wird, und ob der Finanzhaushalt der Gemeinde Allschwil in seiner Struktur eine nachhaltige Veränderung erfährt. Ein Gefühl der Opulenz sollten wir aber nicht aufkommen lassen. Es gibt verschiedene Einflussfaktoren mit einem relativ hohen Schwankungsrisiko. Darum gilt es weiterhin, die volatilen Einflussgrössen im Auge zu behalten.

Ich bedanke mich bei meinen Kolleginnen und Kollegen der FIREKO für die überaus erspriessliche

Zusammenarbeit. Und ich bedanke mich bei Frau Gemeinderätin Frau Nicole Nüssli und beim Hauptabteilungsleiter Herrn Dieter Pfister und seinem Team für die gute Kooperation. Danke.

Armin Bieri, Präsident: Danke. Jetzt sind die Fraktionssprecher an der Reihe. Herr Jérôme Mollat.

Jérôme Mollat, FDP/GLP-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, geschätzte Anwesende. Die FDP/GLP-Fraktion ist natürlich über einen zweiten Abschluss mit einem Einnahmenüberschuss von über CHF 10'000'000 vor Gewinnverwendung auch erfreut. Dies zeigt, dass sich die Finanzlage in Allschwil deutlich entspannt hat. Dies vor allem aufgrund der Steuereinnahmen bei den juristischen Personen. Diese Einnahmen sind naturgemäss volatiler als bei den natürlichen Personen, der FIREKO-Präsident hat darauf schon hingewiesen. Darum warnen wir vor grossen Begehrlichkeiten auf der Ausgabenseite. So sind vor allem hohe zusätzliche und langfristige Verpflichtungen zu verhindern und auf unnötige Prestigeprojekte, weisse Elefanten, zu verzichten. Wir plädieren für eine markante Steuersenkung und auf einen weiteren Schuldenabbau, was den Steuerzahlern zugute kommt. Danke.

Kathrin Gürtler, 1. Vizepräsidentin: Herr Christoph Benz.

Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion: Geschätzter Präsident, werte Anwesende. Ich könnte jetzt vieles wiederholen, was meine Vorredner gesagt haben. Wir sind da gleicher Meinung, das finde ich sehr gut. Anfangen möchte ich mit der Arbeit, die in der Gemeindeverwaltung von Herrn Dieter Pfister und seinem Team geleistet wird. Da wird weise, umsichtig und sorgfältig gearbeitet. Das war auch in den letzten Jahren so. Das Ergebnis ist sehr erfreulich. Wir wissen, wie es nach oben ging, kann es auch wieder runter kommen oder sich kreuzen, das weiss niemand so genau. Wir werden es sehen, die nötige Vorsicht ist angebracht. Ich denke, CHF 6'000'000 sind gut, es dürfte aber, wenn man sieht, was noch auf uns zukommt, noch mehr werden. Machen wir weiter so, danke.

Kathrin Gürtler, 1. Vizepräsidentin: Herr Stephan Wolf.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Damen und Herren. Die CVP-Fraktion hat auch erfreut von der Rechnung 2009 Kenntnis genommen, welche mit einem Ertragsüberschuss abschliesst. Wenn man noch die ausserordentlichen Abschreibungen berücksichtigt, die nicht zu beanstanden sind, haben wir einen Ertragsüberschuss von über CHF 10'000'000. Der Gemeinderat muss sich nicht hinter dieser Rechnung verstecken, sondern kann offen deklarieren, dass es effektiv über CHF 10'000'000 Überschuss sind. Wir haben die Rechnung erfreut zur Kenntnis genommen.

Kathrin Gürtler, 1. Vizepräsidentin: Frau Julia Gosteli.

Julia Gosteli, Fraktion Grüne: Geschätzte Anwesende. Ich möchte mich den Vorrednern anschliessen und kürze mein Votum um einen Viertel. Ich danke Herrn Dieter Pfister und seinem Team. Die Zusammenarbeit war toll, als Mitglied der FIREKO konnte ich das miterleben. Auch Herrn Hanspeter Tschui und meinen Kollegen der Kommission danke ich herzlich. Der Bericht ist auch für einen Laien verständlich und einsichtig. Man muss kein Buchhaltungsprofi sein, um dort Einsicht zu haben. Kurz zu Herrn Jérôme Mollat: Wir Grünen sind nicht für eine Steuersenkung, wen wundert's. Danke.

Armin Bieri, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Ich frage den Rat an, ob das Eintreten bestritten ist. – Das scheint nicht der Fall zu sein, wir kommen zur Detailberatung. Der 2. Vizepräsident führt durch die Kapitel der Rechnung.

Cedric Roos, 2. Vizepräsident:

Laufende Rechnung:

0 Allgemeine Verwaltung

1 Öffentliche Sicherheit

2 Bildung

3 Kultur und Freizeit

4 Gesundheit

5 Soziale Wohlfahrt

6 Verkehr

7 Umwelt und Raumplanung

70 Wasserversorgung

71 Abwasserbeseitigung

72 Abfallbeseitigung

8 Volkswirtschaft

9 Finanzen und Steuern

Zur Investitionsrechnung:

0 Allgemeine Verwaltung

1 Öffentliche Sicherheit

2 Bildung

3 Kultur und Freizeit

4 Gesundheit

5 Soziale Wohlfahrt

6 Verkehr

7 Umwelt und Raumplanung

9 Finanzen und Steuern

Armin Bieri, Präsident: Da es keine Wortmeldungen mehr gibt, ist die Diskussion geschlossen.
Wir kommen zum Antrag des Gemeinderates:

1. Im Sinne von § 30 der Gemeindefinanzverordnung wird der Ertragsüberschuss wie folgt verwendet:
 - a) Bildung einer Vorfinanzierung Abwasserkanalsanierung der Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung von CHF 900'000
 - b) Vornahme von zusätzlichen Abschreibungen von CHF 10'700'000 auf dem Verwaltungsvermögen der Einwohnergemeinde

c) Einlage von CHF 684'976.65 in das Eigenkapital

Wer dem zustimmen kann, soll es mit der Karte bezeugen.

://:

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

2. Die Jahresrechnung der Gemeinde Allschwil 2009 wird genehmigt. Wer dem zustimmen kann, soll es mit der Karte bezeugen.

://:

Der Antrag wird einstimmig angenommen. Danke.

Wir kommen zur Schlussabstimmung des ganzen Geschäfts. Wer der Jahresrechnung zustimmen kann, soll es mit der Karte bezeugen.

://:

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

532 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 6

Bericht des Gemeinderates vom 11.05.2010 betreffend
Kosten-/Leistungsrechnungen, Leistungsberichte 2009 sowie Bericht
der GPK vom 15.05.2010 betreffend Prüfung der Leistungsberichte 2009
Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber, Geschäft 3934 / A

Armin Bieri, Präsident: Gemeindepräsident Herr Dr. Anton Lauber.

Gemeindepräsident Dr. Anton Lauber: Herr Präsident, verehrte Damen und Herren. Ich spreche zuerst zur Kosten-/Leistungsrechnung, Leistungsbericht 2009. Da Sie alles studieren konnten, möchte ich keine längeren Ausführungen dazu machen. Die Anwendungszeit der Kosten-/Leistungsrechnung beläuft sich auf 8 Jahre. In der Zeit kamen Zweifel auf, ob die Kosten-/Leistungsrechnung in diesem Vertiefungsgrad effektiv Sinn macht. Der Einwohnerrat hat darum am 18. November 2009 der Revision der Kosten-/Leistungsrechnung zugestimmt. Das hat zur Folge, dass wir auf die Kosten-/Leistungsrechnung in den Jahren 2010, 2011 und 2012 verzichten werden und folgend mit einer neuen Kosten-/Leistungsrechnung an sie herantreten werden. Wir sind bereits daran, das Projekt ist gut gestartet und ich bin überzeugt, dass wir das Projekt innert nützlicher Frist zu einem Abschluss führen werden, so dass das Führungsinstrument künftig für den Gemeinde- und den Einwohnerrat gewinnbringender eingesetzt werden kann. Gewisse Tätigkeiten im Kosten-/Leistungsrechnungsbereich werden weitergeführt, wir machen also nicht gar nichts mehr. Die Zeiterfassung und die Kostenstellen werden weiterhin so gehandhabt, Benchmarks mit andern Gemeinden sind damit noch möglich. Das scheint mir wichtig und ich bitte sie in diesem Sinn um Kenntnisnahme der Kosten-/Leistungsrechnung.

Armin Bieri, Präsident: Danke. Das Wort hat Herr Andreas Bammatter.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Danke Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren Gemeinderäte. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen Einwohnerräte, liebe Gäste. Wie üblich hat die GPK auch dieses Jahr vier Themenbereiche aus der Vielfalt der Leistungsberichte ausgewählt und eine Vor-Ort-Besichtigung durchgeführt. Dieses Jahr ist die Wahl auf Freizeit-, Sport- und Grünanlagen, Gewässer, öffentlicher Verkehr und Gemeindepolizei gefallen. Den Werkhof Hardmatt besuchte die GPK am 6. Mai. Ich fange mit dem Werkhof an, da dieser im Bericht nur kurz erwähnt wurde. Bei der Besichtigung hat uns der Leiter Regie/Betrieb Herr Kurt Buser, im Beisein des Hauptabteilungsleiters Herr Andreas Linder, durch den Werkhof geführt und die verschiedenen Bereiche eingehend erklärt. Neben den Mitgliedern der GPK waren auch Frau Gemeinderätin Nicole Nüssli und Herr Gemeinderat

Thomas Pfaff sowie die Gemeindeverwalterin Frau Sandra Steiner und der Gemeindeverwalter Stellvertreter Herr Dieter Pfister mit dabei. Die GPK wurde sehr umfassend informiert. Die Themenbereiche waren breit gefächert und reichten von Beschäftigung von Asylsuchenden über Wasserrohrbrüche, über die neu eingeführte Salzstreuungsanlage im Winterdienst, über den Maschinenpark bis zum Thema Arbeitssicherheit und Schulung der Mitarbeiter. Es seien hier nur ein paar Themen erwähnt. Bei allen Fragen wurden wir fachgerecht informiert und konnten Detailinformationen einholen. Auch dieses Jahr bedankt sich die GPK bei den Verantwortlichen und den Mitarbeitenden für ihre Leistungen zum Wohl von uns Einwohner und Einwohnerinnen von Allschwil. Wie dem Bericht zu entnehmen ist, können auch kleine Sachen eine grosse Wirkung haben. So waren auch Sitzbänke oder die Besucherzahlen des Wasserturms ein Thema. Bei der Fahrplangestaltung der BVB und den U-Abo-Kosten im öffentlichen Verkehr wurden Fragen beantwortet. Einige Themen sind stark vom Kanton Baselland abhängig, auch von Basel Stadt, wie wir vorhin hörten, aber vor allem vom Kanton Baselland. So ist bei der Planung des Lützelbach-Damms der Landrat noch zuständig, weil es an einem Kredit fehlt. Bei der Zusammenarbeit der Gemeinde- und der Kantonspolizei ist noch Entwicklungspotential erkennbar. Die GPK wünscht sich vom Gemeinderat, dass dieser sich weiterhin auf Kantonsebene einbringen kann und sich den Herausforderungen, wie momentan dem Funkverkehr zwischen der Polizei, stellt und sie optimieren kann. Nehmen sie bitte zur Kenntnis, dass die Leistungsberichte dieses Jahr zum letzten Mal in dieser Form vorliegen. Ab diesem Amtsjahr werden sie nicht mehr so geführt, das hat der Einwohnerrat so beschlossen. Wir werden mit der neuen Kosten-/Leistungsrechnung ein neues Produkt bekommen. Es ist bekannt, dass bei der Erarbeitung dieses Produkts, unter der Leitung von Herrn Dieter Pfister, auch Mitglieder der GPK vertreten sind. Nächstes Jahr wird es, zusammen mit der Verwaltung, eine Übergangslösung geben. Wir werden also wieder berichten können. Bei der Verwaltung bedanke ich mich herzlich.

Ich bitte sie im Namen der GPK die Leistungsberichte 2071 Freizeit- Sportanlagen, 274 Gewässer, 275 öffentlicher Verkehr und 562 Gemeindepolizei und den dazugehörigen Bericht der GPK zur Kenntnis zu nehmen. Danke.

Armin Bieri, Präsident: Danke. Wir kommen zu den Fraktionssprechern. Frau Mathilde Oppliger.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Wie Andreas Bammatter schon erwähnte, haben wir in der GPK vier Berichte näher geprüft. Ich möchte noch einmal auf den Werkhof zurückkommen. Herr Buser hat uns den Betrieb sehr gut vorgestellt. Wir konnten die Infrastruktur anschauen und stellten fest, dass alles sehr gut organisiert ist. Die anfallenden Aufgaben werden von den Angestellten des Werkhofs sehr gut erledigt. Ich möchte allen am Werkhof unsern Dank aussprechen.

Ein weiterer Bericht, den wir prüften, betraf die Gemeindepolizei. Zu diesem Thema haben wir heute ein Postulat eingereicht. Bei der Überprüfung des Berichts war es Thema, dass die Wahrnehmung der Dorfpolizei nicht sehr gross sei. Zudem, wie das Andreas Bammatter auch schon sagte, haben wir die schlechte Zusammenarbeit zwischen Gemeinde- und Kantonspolizei wahrnehmen müssen. Im Grossen und Ganzen waren wir aber mit den Auskünften der Verwaltung und den zuständigen Gemeinderäten sehr zufrieden. In den kommenden zwei Jahren wird es keinen Leistungsbericht mehr geben. Wir hoffen, dass mit dem neuen Konzept die Verwaltung bei der Erfassung der Daten entlastet wird und der Einwohnerrat einen einfacheren und besseren Zugang zu den neuen Leistungsberichten finden kann. Danke.

Kathrin Gürtler, 1. Vizepräsidentin: Frau Rita Urscheler.

Rita Urscheler, Grüne Fraktion: Geschätzte Anwesende. Wir Grünen schliessen uns dem Dank an alle Beteiligten an. Mein persönlicher Dank als Mitglied der GPK gilt Andreas Bammatter für seine gute Leitung und den Kolleginnen und Kollegen der GPK. Zum Inhaltlichen habe ich nur zum Leistungsbericht 275, öffentlicher Verkehr, etwas anzumerken. Ich bin - logisch als Grüne - nicht ganz zufrieden mit der Antwort auf meine Frage betreffend Nachtbus Linie H. Ausgangspunkt war, dass wir in Allschwil weniger Leistung, Anzahl Kurse, haben. Die Antwort war einfach, das ist halt so. Wir würden den Gemeinderat gerne auffordern, bei der BVB entsprechend zu intervenieren. Zum Werkhof wollte ich auch noch etwas sagen. Das schreiben wir wohl nicht ins Protokoll. Meine Beobachtung zeigt, wie ernst unsere Besuche der GPK genommen werden. Ich habe erfahren, dass alle Arbeiter vorgängig angehalten wurden, sämtlich Bilder mit Damenmotiven abzuhängen. Danke.

Armin Bieri, Präsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen mehr. Doch, Frau Gabi Huschke.

Gabi Huschke, SP/EVP-Fraktion: Ich möchte im Namen der SP/EVP-Fraktion für die geleistete Arbeit danken. Ich möchte mich meinen Vorrednerinnen da anschliessen. Auch ich war beim Werkhofbesuch dabei und fand es interessant und toll, wie geduldig uns Auskunft erteilt wurde. Ich möchte im Namen der SP/EVP-Fraktion auch Herrn Andreas Bammatter für die viele Arbeit danken. Wir werden den Anträgen der GPK sicher folgen. Ich habe noch ein ganz persönliches Statement als einfaches Einwohnerratsmitglied zu machen: Als ich die verschiedenen Fragen gelesen habe, fand ich, dass diese etwas direkt gestellt waren. C'est le ton qui fait la musique. Ich denke, es wurden die richtigen Fragen gestellt, aber für mich persönlich waren sie zu direkt. Gerne diskutiere ich das noch einmal mit der GPK, wollte es aber hier einfach noch erwähnen. Danke.

Armin Bieri, Präsident: Noch einmal der GPK-Präsident, Herr Andreas Bammatter.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Ich habe noch etwas ergänzen: Ich möchte für besondere Leistungen namentlich danken. Als GPK-Präsident finde ich es wichtig, dass auch die Freiwilligenarbeit erwähnt wird. Wir haben die Winzerkurse. Auch das ist ein einmaliges Angebot als Zeichen einer nachhaltigen Partnerschaft. Die GPK hat sich gefreut, dass Allschwil für die Pendlerströme langfristige Lösungen sucht und eine Bus- und Tramverbindung anstrebt. Bei der Abfallentsorgung finden wir es toll, dass die Grünabfuhr einen wichtigen Teil zum Thema beiträgt. Wir möchten das speziell erwähnen und danken dafür herzlich.

Armin Bieri, Präsident: Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Ich frage den Rat an, ob das Eintreten bestritten ist. – Das scheint nicht der Fall zu sein. Wir kommen zu den allgemeinen Beratungen. Ist das Wort gewünscht? – Es scheint alles gesagt. Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag des Gemeinderates auf Seite 30.

Der Gemeinderat beantragt: Von den Leistungsberichten und der Kostenrechnung 2009 wird Kenntnis genommen.

Wer dem zustimmen kann, soll es mit der Karte bezeugen.

://:

Der Antrag wird einstimmig angenommen. Danke.

533 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 7

Bericht des Gemeinderates vom 24.03.2010 sowie Bericht der GPK vom 15.05.2010 betreffend Geschäftsberichte 2009 des Gemeinderates, der Schulräte und der übrigen Behörden
Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber, Geschäft 3903 / A

Armin Bieri, Präsident: Gemeindepräsident Herr Dr. Anton Lauber.

Gemeindepräsident Dr. Anton Lauber: Herr Präsident, verehrte Damen und Herren. Ich darf als Gemeindepräsident mit dem Gemeinderat Allschwil zusammen auf ein hervorragendes Jahr 2009 zurückblicken, sicher haben Sie das anhand der Rechnung und der verabschiedeten Leistungsberichte schon erahnt. Sie gehen sicher mit mir einig, dass die Gemeinde Allschwil auf dem Markt, und im Vergleich mit andern Gemeinden, hervorragend positioniert ist und uns eine erfreuliche Zukunft bevorsteht. Die Themen, welche wir im Jahr 2009 zu bewältigen hatten, waren ausserordentlich vielfältig, und sind für Sie im Bericht zusammengefasst. Erlauben sie mir trotzdem ein paar zusammenfassende Bemerkungen. Ich fange an mit den Finanzen,

die uns gerade noch präsent sind. Der Gemeinderat verabschiedete vor vier Jahren eine Finanzstrategie, welche Früchte trägt und uns zum Erfolg geführt hat, dies zusammen mit der Wirtschaftsförderung und dem Standortmarketing für die Gemeinde Allschwil. Es ist also kein Zufall, dass wir den juristischen Personen den Mehrertrag der letzten zwei Jahre zu verdanken haben. Wir sind sehr dankbar dafür. Mit diesen Einnahmen werden wir künftig Wesentliches finanzieren können. Es herrscht aber auch eine unerhörte Finanzdisziplin bei der Gemeinde Allschwil, wie schon gesagt wurde. Ich bin überzeugt, dass diese Disziplin mit dazu beitrug, dass wir solch gute Ergebnisse vorlegen können. Ich hoffe, dass auch die nächsten Rechnungen so schnell gelesen werden können, wie die jetzige. Seit ich im Rat bin, ist noch keine Rechnung so schnell durchgekommen. Herzlichen Dank an alle. Der FIREKO-Präsident sagte, dass wir gute und gesunde Finanzstrukturen haben. Ich mahne aber, diese in der ersten Euphorie nicht gleich wieder zu zerstören. Der Investitionsbedarf der Gemeinde ist sehr hoch, weil wir seit Jahren oder Jahrzehnten wenig bis sehr wenig investierten. Vieles, was auf die lange Bank geschoben wurde, wollen wir jetzt nachholen. Mit andern Worten: Die Überschüsse, die heute zur Debatte stehen, betrachte ich nicht als Geldsegen von oben, sondern als zwingend notwendiges Kapital für dringend notwendige Investitionen. Dieses Thema dürfen wir in den kommenden Jahren nicht aus den Augen verlieren. Was den Gemeinderat beschäftigte, konnten sie im Amtsbericht nachlesen, zum Beispiel im Hochbau. Es geht darum, dass wir eine Liegenschaftsstrategie konzipierten, welche Gebäude und Liegenschaften erfasst und festlegt, wie mit diesen und dem Grund und Boden künftig umgegangen werden soll. Dazu gehört auch, was in welches Vermögen gehört und was in welcher Reihenfolge saniert werden muss. Ein erstes Teilergebnis kennen sie aus den Medien oder aus dem Workshop. Da ging es um die Strategie für die Sanierung der Primarschulhäuser Gartenstrasse/Bettenacker oder einem entsprechenden Neubau. Es ist ihnen klar, dass die beiden guten Ergebnisse der letzten zwei Jahre durch diese Vorhaben just aufgebraucht werden. Darum darf die jetzige Situation nicht überschätzt werden. Wir können uns jetzt leisten, was wir schon lange hätten zahlen müssen. Das ist meine Aussage dazu. Vergessen darf man nicht, dass wir sehr wenige Investitionen tätigten. Gemeinderat Christoph Morat war vor allem mit dem Feuerwehrmagazin beschäftigt. Diese Hürde ist jetzt genommen, es wird im Jahr 2010 vorgebracht, nachdem es für 2009 geplant war.

Ein weiteres Thema, das Allschwil beschäftigte, war der öffentliche und der Individualverkehr. Der öffentliche Verkehr wird medial intensiv verfolgt, insbesondere, wenn der Grosse Rat im Berichtsjahr 2009 CHF 120'000 für die Buslinie 48 gestrichen hat. Das Thema ist noch lebendig, aber nicht mehr relevant, da der Bus noch ein weiteres Probejahr fahren kann. Er ist gut frequentiert und mit 1000 transportierten Personen am Tag eigentlich eine Erfolgsgeschichte. Ich zweifle nicht daran, dass der Bus uns helfen wird, die Pendler vom Bahnhof nach Allschwil zu bringen. Bus oder Tram, der Gemeinderat möchte einfach mach- und zahlbare Lösungen. Letztes Jahr erlebten wir eine Balgerei zwischen Bus, Trolley-Bus und Tramschiene. So einfach ist das nicht, und es steht uns noch viel Arbeit bevor, bis man sagen kann, welches Verkehrsmittel langfristig für das Gewerbegebiet am linksufrigen Bachgrabengebiet das Beste sein soll. Im ganzen Streit um diese Thematik ging eine Errungenschaft für Allschwil verloren, die Buslinie 64. Von diesem Glückselement spricht fast niemand mehr. Sie war die erste Tangenzialverbindung in das Baselbiet. Das Gymnasium Oberwil bekam damit den ersten Anschluss an den öffentlichen Verkehr. Heute kann man von Allschwil über Oberwil, Therwil, Reinach bis nach Dornach fahren. Dies ist ein wichtiger Aspekt. Auch der Bus 48 hat, wenn auch nicht für alle, doch aber für das Gewerbe, den lang ersehnten Anschluss an den Bahnhof SBB gebracht. Trotzdem einiges erreicht wurde, haben wir immer noch Probleme mit den Pendlerströmen. Es wird weiterhin ein Thema sein, dass wir die Pendler von der Strasse zum öffentlichen Verkehr bringen können. Mit dem Interreg-Programm IV finanziert dies die Gemeinde Allschwil mit. Es wurde vom Eurodistrikt in Auftrag gegeben und soll mit Frankreich Lösungen finden, zum Beispiel park & ride oder bike & ride.

Ein Wehmutstropfen in Sachen Verkehr ist für uns der Individualverkehr und die Frage, ob der Allschwiler Zubringer gebaut werden soll. Die Frage ist noch offen und wird diskutiert. Es gehört in die Diskussion des Richtplans des Kantons und der Südumfahrung mit dazu. Ein neues Projekt namens ELBA soll erforschen, was die Mobilitätsbedürfnisse in Allschwil und im Leimental sind, und welche die besten Verkehrsträger in Zukunft sein werden. Diese beiden Projekte sollten auch im IV Lösungen bringen. Ich darf wiederholen: Beim jetzt umgebauten Grabenring-Kreisel feierte das Fahrrad einen Erfolg. Beim Gemeinderat sind weitere Ideen vorhanden, den langsamen Verkehr, also auch Fussgänger, mit dem öffentlichen Verkehr zum Arbeitsplatz zu bringen.

Ein weiterer Punkt der arbeitsaufwändig war, ist die Homepage der Gemeinde Allschwil. Der Auftritt fand guten Anklang und kann künftig weiter ausgebaut werden. Ziemlich turbulente Zeiten erlebte das Allschwiler Wochenblatt, vor allem gegen Ende beim Verkauf. Wir schauen, wie es weiter geht mit der Lokalzeitungen Verlags AG, die in der Reinhardt AG als Hauptaktionärin integriert wurde. Wir arbeiteten am Landschaftsentwicklungskonzept. Neue und wieder aufgenommene Ideen, die mit dem Naturschutzkonzept noch nicht umgesetzt wurden, liegen vor und wir haben es heute noch auf der Traktandenliste. Was hervorragend ist, und sich für die Entwicklung Allschwils bewährte, war die Revision des Zonenplans Siedlung. Wir haben heute qualitative Wohnbauten, die auch den Minergiestandard

erfüllen und das verdichtete Bauen nach innen möglich machen. So gehen wir vorsichtig und nachhaltig mit unseren Bauland- und Landreserven um. Auch hier sind wir auf einem sehr guten Weg.

Last but not least das aktuelle Thema Wasser und die Hardwasser AG. Es ist für Allschwil von zentraler Bedeutung, woher und in welcher Qualität unser Wasser kommt und ob der Wasserverbrauch gesichert ist. In der Abstimmung wurde immerhin der Gegenvorschlag und in Allschwil sogar die Initiative angenommen. Das zeigt die Bedeutung, welche dem Wasser in Allschwil beigemessen wird. Für mich stehen die Weiterentwicklung und die Restrukturierung der Hardwasser AG, der namhaften Lieferantin unseres Trinkwassers, im Vordergrund. Sie muss auch die Kohlefilter einbauen. Es stellt sich noch immer die Frage nach der künftigen Trägerschaft und der Finanzierbarkeit der Hardwasser AG, die vom Entscheid aus Muttenz und Liestal abhängen.

Wir kämpften also erfolgreich an vielen Fronten. Dafür danke ich meinen Gemeinderatskolleginnen und -kollegen für die qualitativ hochstehende Arbeit, die auch Spass macht. Stellvertretend für alle, welche in der Verwaltung tätig sind, danke ich Sandra Steiner für ihren hervorragenden Einsatz zugunsten der Gemeinde Allschwil. Danke.

Armin Bieri, Präsident: Das Wort hat der GPK-Präsident, Herr Andreas Bammatter.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Besten Dank, geschätzte Anwesende. Wie üblich hat die GPK die jährlich erscheinenden Geschäftsberichte des Gemeinderats, der Schulräte, der Primarschule, der Sekundarschule, der Musikschule, sowie der Sozial- und Vormundschaftsbehörde und des Wahlbüros erhalten, geprüft und einen Bericht erstellt. Zu den Berichten holte die GPK ergänzende Auskünfte ein. Diese sind anhand einzelner Beispiele dokumentiert. Es fiel auf, dass die Gemeinde auf Rückmeldungen des Kantons angewiesen ist, die nicht immer befriedigend sind. Als Beispiel dient die Ausweitung der Nachtflugsperrung und der Lärmkataster. Dann beziehe ich mich auf die Überbauung im Ziegeleiareal. Der Gemeinderat berichtet, dass anstelle der erwarteten 20 bis 30 Jahren die Realisation schon in 4 Jahren erfolgen konnte. Dies führt zu neuen Projekten und Investitionen im Bereich Tiefbau. Vermehrt kommen auch Anfragen betreffend Tagesbetreuung. Auch dies kann neue Herausforderungen und Projekte für die Gemeinde bedeuten. Beim bestehenden Kanalisationsnetz besteht ein Sanierungsplan und ein Etablierungskonzept für die Investitionen in den nächsten fünf Jahren, dies wurde erkannt. Im Departement Soziales fiel uns auf, dass erneut ein Anstieg der Kosten im Vormundschaftsbereich vorliegt. Die Zahlen der aufgelegten Folie sprechen für sich. Im Jahr 2000 waren es 244 Fälle, 2009 bereits 583 Fälle. Die überprüften Fälle dieses Jahres bis April, belaufen sich auf 483 Fälle. Die Zahlen sind hoch und konstant ansteigend. Die Rückmeldungen der Kommissionsmitglieder belegen, dass die Belastung stetig steigt. Dem Vormundschaftswesen steht aber demnächst eine Reorganisation bevor. Es stellt sich aber die Frage, wie lange die Belastung den Mitarbeitenden und den Behörden zumutbar ist. Die Qualität sollte nicht unter der Quantität leiden.

Die GPK hat ebenfalls die Geschäftsberichte der Schulräte und vom Wahlbüro dankend zur Kenntnis genommen. Alle Tätigkeiten sind gut dokumentiert. Wir danken allen Beteiligten für ihre Beiträge, welche uns einen Einblick in die Tätigkeiten gegeben haben. Die GPK empfiehlt dem Einwohnerrat, den Geschäftsbericht 2009 und den GPK-Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Erlauben sie mir noch ein Votum zum Thema konstante Präsenz. Seit Beginn der laufenden Legislatur haben wir in allen Fraktionen vermehrt Austritte aus dem Einwohnerrat zu verzeichnen. Dies führte zu Wechsel in den Kommissionen und Behörden. Durch den zum Teil ambitionierten, teilweise erzwungenen Sitzungsrhythmus sind die Kommissionen und Behörden immer mehr gefordert. Das führt zu Absenzen, welche durch die restlichen Mitglieder kompensiert werden müssen. Ein Beispiel haben wir in der Vormundschaftsbehörde. Auch ich kann aus eigener Erfahrung sagen, dass die GPK für Termine der Beurteilungsphase, wo Ostern, Pfingsten und Auffahrt darin liegen, jongliert werden musste. Dies führte zu einem erhöhten Zeitdruck und zusätzlicher Heimarbeit für wohl alle. Ich bitte die Parteien und Fraktionen darauf hin zu arbeiten, dass eine möglichst konstante Präsenz und damit eine Effizienz erreicht werden kann. Das bedeutet auch, dass alle anwesenden Räte sich ihrer Rolle und ihren Aufgaben bewusst sind. Ich danke noch einmal allen Mitarbeitenden, insbesondere der Verwaltung, dem Gemeinderat und meinen GPK-Kolleginnen und Kollegen für ihr grosses Engagement für unsere Gemeinde. Danke.

Armin Bieri, Präsident: Danke. Wir kommen zu den Fraktionssprecherinnen.

Kathrin Gürtler, 1. Vizepräsidentin: Frau Gabi Huschke.

Gabi Huschke, SP/EVP-Fraktion: Die SP/EVP-Fraktion möchte auch allen Beteiligten des Geschäftsberichts danken. Da steckt sehr viel und wertvolle Arbeit dahinter. Wir Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte haben dies zu schätzen gelernt. Wir fanden den Bericht lesenswert und interessant und nehmen den Bericht dankend zur Kenntnis.

Kathrin Gürtler, 1. Vizepräsidentin: Frau Mathilde Oppliger.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Der Geschäftsbericht 2009 ist, wie in den vergangenen Jahren, vorbildlich gestaltet und mit allen wünschbaren Informationen bestückt. Der Geschäftsbericht unserer Gemeinde kann sich sehen lassen. Jedes Departement berichtet über die erreichten Ziele und über anstehende Geschäfte. Der Bericht zeigt, dass in allen Departementen viel geleistet wurde, und dass alle Beteiligten sich mit Engagement für unsere Gemeinde einsetzen. Ebenso viele Informationen bieten die verschiedenen Berichte der Schulen, der Sozialhilfe, der Vormundschaftsbehörde und des Wahlbüros. Aus jedem Bericht wird ersichtlich, wie viel Aufwand und Arbeit dahinter steht. Darum danken wir allen, welche an diesen Berichten beteiligt waren, den Gemeinderäten, der Verwaltung und allen, die das ganze Jahr hindurch die tägliche Arbeit verrichten. Die CVP wird den Bericht zur Kenntnis nehmen. Danke.

Kathrin Gürtler, 1. Vizepräsidentin: Frau Julia Gosteli.

Julia Gosteli, Fraktion Grüne: Geschätzte Anwesende. Auch ich spreche allen Personen meinen Dank aus, welche mitgearbeitet haben. Das Votum von Herrn Andreas Bammatter, dass wir einige Austritte zu verzeichnen hatten, finde ich sehr wichtig. Die Qualität kann unter solchen Unruhen etwas leiden. Darf ich zu einem Punkt in diesem Bericht noch etwas nachfragen?

Armin Bieri, Präsident: Das kann man durchaus. Jedoch empfiehlt es sich, dies erst zu tun, wenn wir den Bericht im Detail abschnittsweise durchgehen.

Julia Gosteli, Fraktion Grüne: Danke.

Kathrin Gürtler, 1. Vizepräsidentin: Herr Josua Studer.

Josua Studer, parteilos: Herr Präsident. Werte Anwesende. Danke für das Wort. Die Berichte sind sehr reichhaltig und interessant zum Lesen. Gedankt wurde genug, das muss ich nicht mehr tun. Es brennt mir allerdings das Votum von Herrn Andreas Bammatter auf der Zunge, die Schelte, dass es in den Kommissionen immer Wechsel gäbe. Ausgerechnet von seiner Seite kam der Vorstoss, dass noch mehr Wechsel hätten in Kauf genommen werden sollen. Dies dadurch, dass ich und meine Frau unsere Kommissionssitze hätten verlieren sollen, nur weil wir fraktionslos sind. Da beisst sich irgendwie die Katze in den Schwanz.

Armin Bieri, Präsident: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Ich frage den Rat an, ob das Eintreten bestritten ist. – Das ist auch nicht der Fall. Wir kommen zur Beratung des ganzen Geschäfts. Ist hier noch das Votum erwünscht? – Dann kommen wir zur Detailberatung. Der zweite Vizepräsident liest abschnittsweise die Kapitel. Hier wären die Wortmeldungen nun gedacht.

Cedric Roos, 2. Vizepräsident:

Gemeinderat Allschwil Seite 5

Präsidentialdepartement Seite 18

Finanzen und Steuern Seite 26

Kathrin Gürtler, 1. Vizepräsidentin: Herr Jean-Jacques Winter.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Geschätzte Damen und Herren, Herr Präsident. So schnell geht es wirklich nicht. Jedes Jahr haben wir auf Seite 10 die Anträge, man soll erledigte Vorstösse abschreiben. Ich finde, die müssten einzeln besprochen werden. Wir brauchen Zeit zum Blättern. Ich habe nur zehn Finger. Danke.
Seite 10, Antrag auf Abschreibung. Das ist ein Antrag, der muss durch.

Cedric Roos, 2. Vizepräsident:

Geschäft 3764

Armin Bieri, Präsident: Gibt es eine Wortmeldung? – Das ist nicht der Fall.

Cedric Roos, 2. Vizepräsident:

Geschäft 3894

Armin Bieri, Präsident: Herr Jérôme Mollat.

Jérôme Mollat, FDP/GLP-Fraktion: Ich nehme kurz Stellung dazu. Es geht um den Antrag für Solarzellen auf dem Schwimmbaddach. Der Gemeinderat stellte in das Budget 2010 CHF 6000 zur Prüfung ein. Ich vertraue darauf, dass der Gemeinderat dies auch macht. Darum erkläre ich mich auch einverstanden, dass man das Geschäft abschreibt. Danke.

Cedric Roos, 2. Vizepräsident:

Geschäft 3901

Tiefbau und Umwelt Seite 29

Hochbau und Raumplanung Seite 34

Einwohnerdienste und Sicherheit Seite 39

Bildung, Erziehung und Kultur Seite 42

Soziale Dienste und Gesundheit Seite 46

Kathrin Gürtler, 1. Vizepräsidentin: Herr Christoph Benz.

Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion: Ich habe eine Bemerkung zu Seite 47, zweiter Abschnitt. Da erzählt Gemeinderat Arnold Julier, wie der Druck auf die Spitexmitarbeiterinnen immer grösser wird. Ich stellte schon bei der Kosten/Leistungsrechnung fest, dass wir in Allschwil in der Verwaltung sehr effizient sind und viel Arbeit mit wenig Mitarbeiter bewältigen. Ich frage mich, ob die Zitrone nicht langsam ausgepresst ist. Auch aus der Gemeindeverwaltung hört man immer wieder, dass viele Spitexmitarbeiter am Anschlag sind. Könnte man dort die Schraube nicht etwas lockern? Danke.

Kathrin Gürtler, 1. Vizepräsidentin: Frau Barbara Selinger.

Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Mir geht es um denselben Punkt, aber ich habe eine andere Frage. Im GPK-Bericht wird Gemeinderat Julier zur SpiteX befragt. Er antwortet mit den neun Austritten, was für mich eine neue Frage aufwirft. Wurden die neun Austritte alle ersetzt? Es wäre ja makaber, wenn neun Mitarbeiterinnen nicht ersetzt würden. Danke.

Armin Bieri, Präsident: Gemeinderat Arnold Julier.

Gemeinderat Arnold Julier: Zur ersten Frage von Herrn Christoph Benz. Die mitfinanzierenden Krankenkassen reden da natürlich mit. Da kann man es nicht so machen, wie man will. Es gibt klare Vorgaben, wie viele Leute es für was braucht.

Zur zweiten Frage: Selbstverständlich wurden die Abgänge ersetzt, sonst wären es zu wenig Leute. Es sind sogar mehr als vorher, da wir ja mehr Leistungen hatten. Es ist klar, dass die ersetzt werden müssen und sie wurden ersetzt.

Armin Bieri, Präsident: Ist die Antwort befriedigend?

Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion: Entschuldigung, sie sind mir etwas zu schnell vorwärts gegangen. Auf der Seite 46 stellt sich die Frage nach der Fallzahl pro Mitarbeiter in der Vormundschaftsbehörde. Ich bin vielleicht etwas spitzfindig, aber ich sehe diese Frage nicht detailliert beantwortet. Mich würde das interessieren, wie viele Fälle ein Mitarbeiter der Vormundschaftsbehörde zu behandeln hat. Wäre es möglich ist, da eine Antwort zu bekommen? Danke.

Gemeinderat Arnold Julier: Möglich ist es, aber nicht gerade im Moment. Ich habe die Zahlen nicht im Kopf. Es ist kein Vormundschaftsfall, sondern es ist immer ein Sozialhilfefall mit dabei. Die Leute haben sowohl Vormundschaftsfälle wie auch Sozialhilfefälle, auch die freie Beratung gehört dazu. Alles geht ineinander über. Man müsste eine aufwändige Detailberechnung machen, um zu sehen, was die Vormundschaft, Sozialhilfe und freie Beratung betrifft. Aber kommen sie vorbei, ich gebe ihnen die Zahlen genau. Auswendig kann ich es nicht sagen.

Cedric Roos, 2. Vizepräsident:

Stellenplan und Personalverzeichnis der Gemeinde Seite 51

Allschwil in Zahlen Seite 56

Schulrat Kindergarten und Primarschule Allschwil Seite 57

Schulrat Sekundarschule Allschwil Seite 59

Schulrat Musikschule Allschwil Seite 62

Sozialhilfebehörden Seite 65

Vormundschaftsbehörde Seite 67

Wahlbüro Seite 69

Armin Bieri, Präsident: Damit ist die Detailberatung beendet. Wenn niemand das Wort verlangt, kommen wir zur Abstimmung.

Wer den Geschäftsbericht des Gemeinderates zur Kenntnis nehmen will, soll es mit der Karte bezeugen.

://:

Der Antrag wird einstimmig angenommen. Danke.

Wir machen Pause bis zehn vor.

– PAUSE–

534 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 8

Bericht des Gemeinderates vom 14.04.2010 betreffend
Initiative Schuldenbremse

Geschäftsvertretung: VP Nicole Nüssli, Geschäft 3923

Armin Bieri, Präsident: Das Wort hat Frau Gemeinderätin Nicole Nüssli.

Gemeinderätin Nicole Nüssli: Sehr verehrter Präsident, geschätzte Anwesende. Sie wissen, am 18. September 2009 kam die Volksinitiative "Für eine Schuldenbremse" zustande. Gemäss der Initiative soll die Gemeindeordnung geändert und der § 16bis eingefügt werden. In diesem Artikel der Gemeindeordnung ist einerseits der Grundsatz festgelegt, dass in den letzten neun Rechnungsjahren, plus dem laufenden Jahr, gemäss Budget eine durchschnittliche Selbstfinanzierung von 100% erreicht werden soll. Andererseits werden die Konsequenzen festgehalten, wenn dieser Grundsatz nicht eingehalten wird. Falls das Budget also eine Unterschreitung der durchschnittlichen Selbstfinanzierung von 100% erreicht, braucht es für die Genehmigung des Budgets eine 2/3 Mehrheit der anwesenden Mitglieder des Einwohnerrates. Ein einfaches Mehr genügt nicht mehr. Zudem regelt der Absatz 2 dieses Artikels die Erhöhung des Gemeindesteuersatzes, welche ebenfalls eine 2/3 Mehrheit der anwesenden Mitglieder des Einwohnerrates braucht. Sinn und Zweck der Volksinitiative Schuldenbremse ist gemäss Initiativkomitee, dass die Schulden nicht weiter ausgebaut, sondern reduziert werden. Das Initiativkomitee und alle, welche die Initiative unterzeichnet haben, suchen die Lösung dazu einzig im Selbstfinanzierungsgrad. Liegt dieser über 100%, führt dies zu einem Schuldenabbau. Liegt er tiefer, führt dies zu einer Neuverschuldung. Da das Initiativkomitee keine Zunahme der Fremdverschuldung wünscht, wird eine durchschnittliche Selbstfinanzierung von 100% verlangt. Damit wir alle vom selben sprechen, erlaube ich mir die Definition des Selbstfinanzierungsgrades zu geben. Bei diesem geht es um eine Verhältniszahl zwischen dem bereinigten Ergebnis der laufenden Rechnung, also dem Mehrertrag, und den ordentlichen und ausserordentlichen Abschreibungen. Diese beiden Grössen werden in das Verhältnis zu den Nettoinvestitionen gebracht. Es geht darum zu sehen, ob die geplanten Nettoinvestitionen vollumfänglich oder nur teilweise mit eigenen Mitteln finanziert werden können. Weil der Selbstfinanzierungsgrad eine buchhalterische Kennzahl darstellt, hängt diese Kennzahl von verschiedenen Faktoren ab, welche ihrerseits wieder beeinflussbar sind. Es sind dies einerseits die Erträge, der Steuerfuss, andererseits der Aufwand und die Nettoinvestitionen. Würden sie die Initiative annehmen, führt dies dazu, dass weniger Investitionen vorgenommen würden, als eigentlich notwendig wären. Dies, damit wir den 100% Selbstfinanzierungsgrad erreicht haben. Die Folgen sind, dass wir einen Investitionsstau aufbauen und weitere Probleme schaffen. Ein anderes Szenario wäre denkbar: Die Steuern werden nicht gesenkt, oder sogar erhöht, nur damit wir ein gutes Ergebnis haben und der Selbstfinanzierungsgrad seine 100% wieder erreicht. Die Beispiele zeigen, dass die Lösungen für einen Schuldenabbau nicht alleine im Selbstfinanzierungsgrad gesucht werden dürfen. Der Gemeinderat hat dies schon länger erkannt und darum verschiedene finanzpolitische Ziele und Massnahmen formuliert. Diese sind in der strategischen Entwicklungs- und Massnahmenplanung festgehalten, diese habe ich ihnen schon mehrfach dargelegt. Ich erlaube mir, mich zu wiederholen.

Der Gemeinderat hat sich vor allem zwei Ziele gesetzt. Es sollen gesunde und nachhaltige Finanzstrukturen geschaffen werden. Eine Neuverschuldung soll vermieden werden. Als Massnahme zur Erreichung dieser Ziele, hat der Gemeinderat festgehalten, dass die laufende Rechnung mindestens ausgeglichen sein soll. Der Selbstfinanzierungsgrad soll im Schnitt während 5 Jahren grösser oder gleich 100% sein. Nettoinvestitionen unterhalb CHF 3'500'000 werden mit den ordentlichen Abschreibungen und mit dem ordentlichen Ergebnis der laufenden Rechnung finanziert. Nettoinvestitionen über CHF 3'500'000 erfolgen durch eine ausserordentliche Finanzierung. Die Investitionen erfolgen gezielt aufgrund einer einheitlichen Priorisierung. Es wird eine Prioritätenliste, ein Rahmen, der alle Investitionen beinhaltet und eine Beurteilung ermöglicht, erstellt. Als weitere Massnahme entwickelte der Gemeinderat die Immobilienstrategie. Ich verweise auf die Ausführungen des Gemeindepräsidenten von vorher.

Beharrlich folgte der Gemeinderat den Zeilen. Auf Wunsch der alten FIREKO unter der Leitung der ehemaligen Präsidentin Verena Meschberger mussten wir dies öfter diskutieren, ob die gesteckten Ziele nicht zu hoch seien. Der Gemeinderat blieb aber bei seinen Zielen. Das Ergebnis im Zusammenhang mit dem Schuldenabbau darf sich heute sehen lassen. Seit 2004 konnten wir die Schulden kontinuierlich abbauen. Anfänglich CHF 1'000'000 pro Jahr, dann CHF 2'000'000, dann CHF 11'500'000 und jetzt 2009 wieder CHF 4'000'000. Sie sehen, die mit der Volksinitiative fokussierten Ziele sind bereits erreicht oder sie sind zumindest auf dem richtigen Weg. Aus der Sicht des Gemeinderates braucht es keine weiteren rechtlichen Instrumente für die Steuerung der Investitionen oder des Schuldenabbaus. Aus diesem Grund ist der Gemeinderat der Meinung, die Initiative sollte abgelehnt werden. Dazu ist der Gemeinderat der Ansicht, dass der Wortlaut der Initiative nicht eindeutig ist. Auch aus diesem Grund ist der Gemeinderat der Meinung, die Initiative sollte abgelehnt werden. Im Initiativtext heisst es, dass im Grundsatz die letzten neun Rechnungsjahre plus das Budget des laufenden Jahres berücksichtigt werden müssen. Dies muss zusammen 100% Selbstfinanzierungsgrad ergeben. Das tönt relativ klar. Aber wenn man sich, davon ausgehend, dass die Gemeindeordnung bereits geändert worden ist und die Initiative angenommen wäre, die Budgetsitzung 2010 vor Augen führt, stellt sich folgende Frage: Die letzten neun Rechnungsjahre wären dann 2001 bis 2009. Das Budget des laufenden Jahres ist das Budget 2011, darüber wird ja an der Budgetsitzung im Dezember 2010 abgestimmt. Fraglich ist nun, ob das Jahr 2010 gemäss Budget 2010 zählt, da die Rechnung 2010 noch nicht vorliegt. Zählt diese auch dazu? Muss sie auch im Rahmen der 100% Selbstfinanzierung beachtet werden? Wenn Ja, dann haben wir eine Vergleichsperiode von elf Jahren. Nämlich die Rechnungen 2001 bis 2009, für das Jahr 2010 das Budget und für das Jahr 2011 das Budget, über das wir abstimmen. Das heisst 9 plus 1 plus 1 ergibt 11. So wird die Vergleichsperiode ziemlich lange, aus der Sicht des Gemeinderates zu lange. Zudem wird durch Verschiebungen von Investitionen, zum Beispiel vom Jahr 2010 in das Jahr 2011, das Bild verfälscht. Sie würden doppelt berücksichtigt und belasten die Kennzahl des Selbstfinanzierungsgrads doppelt, das ist nicht gerechtfertigt. Da die Vergleichsperiode nur als Grundsatz im Initiativtext erwähnt wird, könnte der Text auch anders verstanden werden: Nur der Selbstfinanzierungsgrad des Budgets des kommenden Jahres muss 100% betragen. An der Budgetsitzung 2010 müssten sie also schauen, ob im Budget 2011 ein Selbstfinanzierungsgrad von 100% erreicht wird. Wenn Ja ist es gut. Wenn Nein, müsste man gemäss dem Text vorgehen. Aber auch das wäre aus der Sicht des Gemeinderates sachlich nicht gerechtfertigt. Der Selbstfinanzierungsgrad muss immer über Jahre als durchschnittlicher Wert betrachtet werden. Darum betrachtet der Gemeinderat die Grösse immer in Bezug auf den Finanzplan und nicht nur für ein Jahr.

Noch ein Wort zum Absatz 2 des Initiativtextes. Dieser sieht vor, dass die Erhöhung des Steuerfusses eine 2/3 Mehrheit benötigt. Gemäss § 10 des Verwaltungs- und Organisationsreglements gilt, dass jede Änderung des Steuersatzes eine Mehrheit von 2/3 braucht. Es braucht also den Absatz 2 des Initiativtextes gar nicht. Eine Erhöhung ist auch eine Änderung und damit schon festgelegt. Sollte es aber der Wille des Volkes sein, zwischen Erhöhung und Änderung zu unterscheiden, und darum den § 10 des Verwaltungs- und Organisationsreglements zu streichen, dann könnte die Senkung des Steuerfusses mit einem einfachen Mehr erreicht werden. Die Erhöhung bräuchte eine 2/3 Mehrheit. Der Gemeinderat kann nicht nachvollziehen, warum diese Differenzierung vorgenommen werden sollte.

Zusammenfassend beantragt ihnen der Gemeinderat die Ablehnung der Initiative. Er ist der Meinung, dass es sie nicht braucht, da wir bereits alle Instrumente, um die Schulden im Griff zu haben, besitzen. Dazu ist der Gemeinderat der Meinung, der Wortlaut der Initiative sei nicht eindeutig. Damit habe ich geschlossen.

Armin Bieri, Präsident: Danke Frau Gemeinderätin Nicole Nüssli.

Dazu gibt es keine Eintretensdebatte, da bei einer Initiative das Eintreten zwingen ist. Wir kommen zur Detailberatung mit den Fraktionssprecherinnen. Herr Siro Imber.

Siro Imber, FDP/GLP-Fraktion: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Als die FDP diese Initiative lancierte, waren die Finanzaussichten der Gemeinde mässig und die Schulden hoch. Dank hohen Steuererträgen von einzelnen juristischen Personen haben wir heute Überschüsse und konnten praktisch alle Schulden abbauen beziehungsweise es steht ihnen ein grosses Eigenkapital gegenüber. Es zeigte sich jedoch, dass wir in einer grossen Abhängigkeit von wenigen Steuerzahlern sind. Die Schulden, welche über zwei bis drei Jahre abgebaut werden konnten, sind in gleicher Zeit wieder aufgetürmt. Mit der Initiative drückten die Unterzeichnenden ihren Willen aus, dass über einen längeren Zeitraum keine Schulden mehr gemacht werden können. Dass sich ein Gemeinwesen ohne Verschuldung langfristig finanzieren soll, ist kein hoher Anspruch, sondern nur Redlichkeit und Verantwortung gegenüber kommenden Generationen. Die Initianten wollen auch, dass allfällige Ausgabenprobleme nicht über einen einfachen Weg wie Steuererhöhungen erfolgen sollen. Hier hat das

Volk nach übergeordnetem Recht nichts dazu zu sagen. Die Unterzeichnenden sagen weiter, dass in aussergewöhnlichen Zeiten eine qualifizierte Mehrheit des Einwohnerrates die Vorgaben aussetzen kann. Nun liegt uns der Bericht des Gemeinderates vor. Er zeigt uns, dass er dieselben Ziele wie die Schuldenbremse verfolgt und seine Ziele eingehalten werden können. Der Gemeinderat zeigt weiter auf, dass die Formulierung der Initiative missverständlich sein könnte. Der Grundsatz der Schuldenbremse ist aber klar festgelegt. Im Gegensatz zur Variante Binningen wurde der Text vereinfacht. Darunter litt aber seine Präzision. Es gilt, wie bei allen generellen abstrakten Normen auf Verfassungsstufe, dass sie grundsätzliche Normen erfüllen und auf einer höheren Ebene mit einem Reglement noch definiert werden müssen. Einige Probleme wurden aufgezeigt, andere sind noch denkbar. Für diese muss man eine Lösung finden. Wichtig ist immer der Wille, das Ziel, sich langfristig nicht mehr fremd finanzieren zu können, einzuhalten. Der Gemeinderat zeigt im Bericht auch gute Regulierungsvarianten auf, wie im Vorbild von Binningen vorzugehen ist. Im Reglement können dann auch Antworten auf Spezialfinanzierungen gegeben werden. Diese fielen meines Erachtens nicht unter die Initiative, da höheres kantonales Recht mit der Schaffung der Spezialfinanzierungen selbst eine Schuldenbremse eingeführt hat, und weil die Haushaltsführung von den Spezialfinanzierungen in diesem Sinn vorgeschrieben ist. Für mich ist die Argumentation des Gemeinderates unverständlich, dass er nicht nachvollziehen kann, dass es für eine Steuererhöhung und nicht für eine Steuersenkung eine qualifizierte Mehrheit von 2/3 der Einwohnerräte bräuchte. Wir haben in der Schweiz noch immer so etwas wie Eigentum. Und wer Einkommen erzielt, hat sich sein Geld sprichwörtlich verdient. Und wenn ihm der Staat von seinem verdienten Geld etwas wegnehmen will, dann braucht es dafür eine genügende Legitimation. Und da das Volk durch kantonales Recht bei der Bestimmung des Steuerfusses keine direkte Mitsprache hat, ist es nur legitim, dass dafür eine qualifizierte Mehrheit notwendig ist. Je höher die Legitimation des Steuerbefehls ist, desto höher ist auch die Steuermoral. Der Ökonom David Ricardo sagte bereits am Ende des 18. Jahrhunderts: „Die öffentliche Verschuldung ist die schrecklichste Geisel, die je zur Plage einer Nation erfunden wurde“. Wie sehr diese Schuldenfalle eine ganze Volkswirtschaft in gefährliche Abhängigkeiten von Finanzjongleuren bringen kann, zeigt nicht nur die heutige Zeit mit der Schuldenkrise des Euroraumes. Auch historisch betrachtet ist die staatliche Abhängigkeit der Fremdfinanzierung die Ursache grossen Leids ganzer Nationen. Dass Frankreich bis zur Verstaatlichung vom Kirchengut nach der Revolution über 2/3 seiner Staatsausgaben für den Schuldendienst verwendete, mag für uns nicht vergleichbar tönen. Doch müssen wir uns weder räumlich noch zeitlich weit von Allschwil weg begeben, um zu sehen, dass der Schuldendienst eine der höchsten Ausgabepositionen ist, noch vor Bildung und Gesundheit. Dass Schulden von heute Steuern von morgen sind, ist somit auch leicht bewiesen. Der Schuldenspirale entgehen weder die öffentliche Hand noch die Privaten. Es ist bekannt, dass in den Gemeinden, die stark verschuldet sind, auch die private Verschuldung am höchsten ist. Der Staat hat hier eine wichtige gesellschaftliche Vorbildfunktion. Wie soll denn die Politik den Jugendlichen den verantwortungsvollen Umgang mit Geld lehren, wenn sich die Politik nicht selbst streng an eine Ausgabedisziplin ohne Verschuldung hält. Die vorliegende Initiative hat das Ziel, das sich unser Gemeinwesen langfristig nicht mehr verschulden kann, dafür steht unsere FDP/GLP-Fraktion zu 100% ein. Darum bitte ich sie dem folgenden Antrag zuzustimmen. Den Stimmbürgerinnen wird empfohlen, der Initiative zuzustimmen.

Kathrin Gürtler, 1. Vizepräsidentin: Herr Jean-Jacques Winter.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Geschätzte Damen und Herren, Herr Präsident. Schon beim Eintreten auf die Rechnung heute wurden von Frau Gemeinderätin Nicole Nüssli und dem FIREKO-Präsidenten ganz klare Antworten und Äusserungen zur Vision, wie es weitergehen kann, gegeben. Auch der vorliegende Bericht, den ich mit Genuss las, spricht deutliche Worte. Ich will nicht zu lange auf alles eingehen, Frau Gemeinderätin Nicole Nüssli hat schon vieles zur Schuldenbremse gesagt. Der letzte Satz auf der zweiten Seite sagt es für mich deutlich. Der Gemeinderat wird, zusammen mit der Verwaltung, den Zielsetzungen grosse Bedeutung schenken. Wir konnten es schon des öfteren erfahren, dass der Gemeinderat hier ganz dick sieben Finger darauf hat.

Dass die Steuermoral mit dem Steuersatz in irgendeinem Zusammenhang steht, wie es Herr Siro Imber vorher sagte, kann ich nur schwerlich nachvollziehen. Wenn jemand in Verzug ist, wenn sich jemand foutiert oder das Ganze bagatellisiert, dann spielt es keine Rolle, ob es CHF 5 oder CHF 50 sind. Je m'en fous. Die FDP hat schon länger angekündigt, dass sie in Sachen Steuerfuss Bewegung in das Land bringen will. Im Papier steht, dass man zur Erhöhung eine 2/3 Mehrheit braucht, von einer Senkung ist gar nicht die Rede. Dies hat vielleicht etwas mit der politischen Zusammensetzung des Einwohnerrates oder der Seite, auf der man steht, zu tun. Niemand kann sagen, dass die Linie irgendwo dominant wäre, sei es im Einwohnerrat, dem Gemeinderat oder sonst in einer Behörde oder einer Kommission. Vielleicht kann aber die Linke einmal etwas verhindern, was sonst vorschnell umgesetzt würde, zum Beispiel eine

Steuersenkung. Wer lange genug im Einwohnerrat dabei ist, hat es schon erlebt, dass Steuerbewegungen wirklich möglich sind. Es braucht einfach die nötige Geduld, den Moment abzuwarten, um dann in die eine oder andere Richtung zu gehen. Ich spüre aus dieser Vorlage folgendes heraus: Steuern senken, senken, senken. Am Schluss heisst es: Après nous, le déluge. Dann sind andere da, die daran arbeiten müssen. Allschwil und ein attraktiver Steuersatz. Ich komme mir vor, wie eine alte Drehleier. Ich hörte noch nie einen Zuzügerin fragen, und ich kenne viele von Berufes wegen, wie hoch der Steuersatz bei uns wäre. Das macht Allschwil schlichtweg nicht attraktiv. Wir haben viele attraktive Möglichkeiten. Allschwil ist wirklich attraktiv, das höre ich von allen Seiten. Wir haben grosse Vorteile, welche uns die Leute hierher bringen: Unsere Vereine, unser Gewerbe, das Jugendfreizeithaus und bald auch eine Tageschule. Und das, meine Damen und Herren, kostet einfach etwas Geld. Jenes hat der Gemeinderat nicht mehr, wenn das Papier, das von eurer Seite kommt, angenommen würde. Unsere Fraktion wird gerne und geschlossen dem Antrag des Gemeinderates folgen.

Sagte am Anfang nicht Frau Gemeinderätin Nicole Nüssli, dass bei den natürlichen Personen, welche in dieser Rechnung sichtlich Steuern zahlten, bereits eine Verminderung der Einnahmen stattgefunden hat? Meine Damen und Herren, es braucht keine Steuersenkung. Es braucht einfach eine Realität des Zustandes. Danke.

Kathrin Gürtler, 1. Vizepräsidentin: Herr Stephan Wolf.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Danke, liebe Ratsmitglieder. Die CVP-Fraktion ist ebenfalls gegen eine solche Volksinitiative für eine Schuldenbremse. Wir gehen davon aus, dass der Gemeinderat und der Einwohnerrat genau darauf achten, dass möglichst keine neuen Schulden aufgebaut, sondern diese mehr und mehr abgebaut werden. Wir meinen, dass es nicht nötig ist, eine 2/3 Mehrheit vorzuschreiben. Wir vertrauen darauf, dass der Gemeinderat und der Einwohnerrat mündig genug sind, das mit einem einfachen Mehr zu entscheiden. Ein zweiter Punkt ist der Absatz 2 der Initiative. Herr Jean-Jacques Winter hat es vorher gut angedeutet. Würde man die neue Bestimmung wortwörtlich nehmen, braucht es für eine Steuererhöhung eine 2/3 Mehrheit, für eine Steuersenkung aber nur ein einfaches Mehr. Das bedeutete, dass Steuersenkungen einfacher durchzubringen wären als Steuererhöhungen. Damit könnte genau das Gegenteil der Absichten der Initiative erreicht werden. Wenn die Steuern leichter gesenkt werden können, aber schwerer wieder gehoben, liessen sich langfristig neue Schulden nicht vermeiden. Aber genau das möchten wir ja vermeiden. Danke.

Kathrin Gürtler, 1. Vizepräsidentin: Herr Hans-Peter Tschui.

Hans-Peter Tschui, SVP-Fraktion: Herr Präsident, meine Damen und Herren. Die SVP-Fraktion lehnt die Initiative entschieden ab. Sie ist widersprüchlich und sie ist unnötig. Unnötig, da der Gemeinderat und die Verwaltung eindrücklich bewiesen haben, dass das Budget und die Ausgabendisziplin keine leeren Worte sind. Selbst in den finanziell engen vergangenen Jahren, kam es zu keiner Zunahme der Verschuldung. Im Gegenteil, sie konnte leicht reduziert werden. In den letzten beiden Jahren konnten die Finanzstrukturen der Gemeinde Allschwil verbessert werden. Ich verweise dabei auf meine Erläuterungen zur Jahresrechnung 2009. In einer prospektiven Sicht auf den Finanzplan 1014 können die Nettoinvestitionen in einem Umfang von CHF 28'600'000 mit einem Selbstfinanzierungsgrad von nahezu 100% abgedeckt werden. Es braucht diesen komplizierten Mechanismus nicht. Lehnen wir die Initiative ab. Danke.

Kathrin Gürtler, 1. Vizepräsidentin: Herr Josua Studer.

Josua Studer, parteilos: Herr Präsident, werte Anwesende. Es wurde heute Abend viel Dank ausgesprochen, einer wurde vergessen. Er findet sich im Bericht des Gemeinderates auf Seite 2 und 3. Er schreibt: Der Gemeinderat vertraut auf das verantwortungsbewusste und nachhaltige Handeln des Einwohnerrates. Vielen Dank für das Vertrauen. Wir haben es in letzter Zeit mehrfach bewiesen, auch wenn wir eine Steuersenkung gewünscht haben. Steuersenkungen haben auch ihre Vorteile, sie werden immer wieder kommen. Persönlich habe ich Angst, dass aus dieser Initiative eine Steuererhöhung resultieren könnte. Und wenn wir eine höhere Steuer hätten, dann müssten wir mehr fordern, dass sie gesenkt würden. Das erinnert mich an den Handel. Man erhöht den Bruttopreis, damit man mehr Prozente geben kann und so attraktiver ist. Bezüglich der Attraktivität des Steuersatzes: Wir werden in

Allschwil sicher nicht gefragt, wie hoch der Steuersatz in Allschwil ist, Herr Jean-Jacques Winter, den sucht man im Internet auf homegate etc. Wenn man nach Allschwil zieht, dann weiss man das bereits. Die meisten kommen zu uns, weil wir günstig sind. Es kämen sicher noch mehr zu uns in unsere tollen Wohnungen, wenn wir einen anständigen Steuersatz hätten. So würden wir auch wieder mehr Steuern generieren, wie wir es jetzt gesehen haben. Ich vertraue darauf. Ich und meine Frau sind trotzdem gegen die Initiative, auch wenn wir sie damals unterschrieben haben. Sinn und Zweck war nicht, dass wir sie gut gefunden hätten, sondern dass man darüber redet. Wir wollten die FDP unterstützen, damit sie nicht mit leeren Bögen dastanden. Heute reden wir darüber. Danke.

Armin Bieri, Präsident: Gibt es weitere Wortbegehren? – Herr Christoph Benz.

Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion: Ich denke, Frau Gemeinderätin Nicole Nüssli hat es vorher klar genug gesagt. Unser Gemeinderat ist auf Kurs. Diesen Eindruck haben die meisten hier, wenn auch nicht ganz alle. Ich habe mich bei dem Begehren der Schuldenbremse über deren Notwendigkeit gefragt. Es gibt eine Partei, die immer weniger Gesetze will, jedenfalls weniger als die Linke, die Partei heisst FDP. Es hat mich überrascht, das bringe ich nicht ganz zusammen. Die FDP kann nicht sagen, sie habe sich nicht für eine Schuldenbremse und gegen eine Steuererhöhung eingesetzt. Das kann man ganz einfach, wenn man so viele vernünftige Leute um sich hat. Ich möchte nicht sagen, ihr wärt nicht vernünftig. Dann kann man sicher sein, dass es abgelehnt wird und man kann sagen, dass man sich für das, was man versprochen hatte, eingesetzt hat. Finde ich gut. Danke.

Kathrin Gürtler, 1. Vizepräsidentin: Herr Jérôme Mollat.

Jérôme Mollat, FDP/GLP-Fraktion : Sehr geehrter Präsident, geschätzte Anwesende. Ich möchte kurz einen Vergleich mit der griechischen Mythologie anstellen. Odysseus reiste auf dem Meer herum und begegnete dort den Sirenen. Das waren himmlische Gesänge, welche die Seeleute auf das Riff lockten und dort zum Sinken brachten. Odysseus widerstand dem, indem er sich am Mast anbinden und seinen Leuten die Ohren mit Wachs verpfropfen liess. Genau so verhält es sich mit der Verlockung der Verschuldung. Das heisst, dass man langfristig mehr ausgibt, als man einnimmt. Nur, weil jetzt in den letzten Jahren ein Schuldenabbau erfolgte, heisst das noch lange nicht, dass die Verschuldungsproblematik ein für alle mal vom Tisch ist. Ich möchte daran erinnern, das Allschwil bis vor wenigen Jahren akut unter einer Schuldenlast litt. Auch diese Schulden müssen irgendwie zustande gekommen sein. Dies dadurch, dass man damals in den Räten mehr Ausgaben als Einnahmen geduldet hatte. Darum bin ich der Meinung, dass eine solche Verschuldungsproblematik weiterhin akut und ein Thema sein könnte. Eine Selbstbindung des Einwohnerrates in Form einer Schuldenbremse ist sehr wohl nötig und auch sinnvoll. Danke.

Kathrin Gürtler, 1. Vizepräsidentin: Herr Siro Imber.

Siro Imber, FDP/GLP-Fraktion: Liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich kann hier gleich anschliessen. Das älteste parlamentarische Recht ist meines Erachtens das Budgetrecht. Die Verantwortung für das Budget trägt in erster Linie der Einwohnerrat. Er sagt, wie beim Steuerfuss, Ja oder Nein. Der Gemeinderat leistet sehr gute Vorarbeit und beantragt entsprechend. Er hat dies in den vergangenen Jahren gut gemacht. Aber wie es immer ist, schlussendlich entscheiden wir, nicht der Gemeinderat.

Kathrin Gürtler, 1. Vizepräsidentin: Frau Barbara Selinger.

Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion: Entschuldigung, geschätzte Anwesende, ich habe wohl vorher nicht gut aufgepasst. Sie sagen, Herr Jérôme Mollat, dass es wegen einer Steuersenkung mehr Ausgaben im Vergleich zu den Einnahmen gibt. Dann sinken doch die Einnahmen. Ich verstehe das nicht ganz. Dann hätten wir doch immer noch weniger als vorher. Dann stimmt das mit der Schuldenbremse nicht mehr, wenn wir noch weniger einnehmen, dann können wir noch weniger ausgeben. Das Problem Schuldenbremse und Steuersenkung geht irgendwie nicht zusammen.

Kathrin Gürtler, 1. Vizepräsidentin: Herr Peter von Arx.

Peter von Arx, FDP/GLP-Fraktion: Sehr geehrte Damen und Herren. Ich habe das Gefühl, dass sehr viel Unkenntnis über die Schuldenbremse herrscht. Wir sprechen weder über Steuersenkungen noch über Steuererhöhungen. Wir reden lediglich über den Mechanismus, den wir jetzt, wo die finanzielle Sonne scheint, beschliessen können. So, dass wir dann etwas in Händen haben, wenn es regnet. Danke.

Armin Bieri, Präsident: Gibt es weitere Wortbegehren? – Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung. Wir haben einen Antrag des Gemeinderates und einen Gegenantrag von Herrn Siro Imber.

Der Antrag des Gemeinderates lautet: In Abwägung der Vor- und Nachteile beantragt der Gemeinderat dem Einwohnerrat die Initiative abzulehnen.

Der Antrag von Herrn Siro Imber lautet: Den Stimmbürgerinnen wird empfohlen, der Initiative zuzustimmen.

Wir stimmen zuerst über den Antrag des Gemeinderates ab. Wer dem zustimmen kann, soll es mit der Karte bezeugen.

://:

Der Antrag wird mit 27 Ja zu 7 Nein und 0 Enthaltungen angenommen.

Damit erübrigt es sich, über den Gegenantrag von Herrn Siro Imber abzustimmen. Damit ist dieses Geschäft erledigt.

Wir springen auf der Traktandenliste zum Traktandum 10. Dieses wäre für den Mittwoch aufgeführt.

535 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 10

Bericht des Gemeinderates vom 21.04.2010 und Bericht der VPK vom 26.05.2010 betreffend Genehmigung der Quartierplanung Unterdorf 2009 bestehend aus Quartierplan und Quartierplanreglement und Mutation „Unterdorf“ zum Zonenplan Siedlung, 1. Lesung
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 3932 / A

Gemeinderat Christoph Morat: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Der heute Abend unterbreitete Quartierplan hat folgende Ziele: 1. Eine Erweiterung der Bankfiliale, welche in diesem Gebäude, Eckhaus Binningerstrasse/Baslerstrasse, angesiedelt ist. 2. Eine Aufwertung der Passage entlang der Binningerstrasse. 3. Attikageschossenerweiterungen. 4. Eine Verbesserung der Gebäudehülle. 5. Eine Bereinigung der QP, eine Modernisierung und Umteilung einer rückwärtigen Liegenschaft in die Wohnzone 3, diese liegt auf der Rückseite der Raiffeisenbank. Es wurde sehr viel Arbeit in die Vorbereitungen zu diesem Geschäft geleistet. Sie erkennen das im Planungsbericht. Die kantonale Arealbaukommission wurde früh in die Planung miteinbezogen. Sie äusserte sich zweimal, sie sehen das im Planungsbericht. Nach einer Überarbeitung steht die Arealbaukommission allem positiv gegenüber, dies im Vorausblick auf die Genehmigung des Regierungsrates. Er muss den Quartierplan genehmigen, respektive den Entscheid von heute Abend bestätigen. Auf dem Plan ist die Bebauung und die Erschliessung des Aussenraumes gut erkennbar. Weiter sehen sie die archäologische Schutzzone. Sie geht mitten durch diese Liegenschaft. Das ist nicht weiter tragisch, da dort niemand Ausgrabungen machen wird. Es besteht bereits eine unterirdische Einstellhalle. Die baulichen Vorhaben betreffen primär die Sanierung des Gebäudes, die Erweiterung der Bankfiliale und den Aussenraum. Es wird also nie tiefer als 50cm gegraben. Die archäologische Schutzzone ist keine Dramatik.

Zum Lärm: Die ganze Überbauung liegt in der Lärmempfindlichkeitsstufe 2, 25m von der Baslerstrasse entfernt. Der Rest wurde in der Empfindlichkeitsstufe 3 qualifiziert. Ich kann noch etwas zum Mitwirkungsbericht sagen. Es gab keinerlei schriftliche Eingaben und damit komme ich schon zum Schluss und zum Antrag des Gemeinderates. Wir bitten sie, dem Quartierplan entsprechend zuzustimmen und hoffen auf eine fruchtbare Beratung. Danke.

Armin Bieri, Präsident: Danke. Das Wort hat der VPK-Präsident Herr Jürg Vogt.

Jürg Vogt, FDP/GLP-Fraktion: Werter Präsident, werte Einwohnerräte. In der VPK konnte das Geschäft in einer Sitzung besprochen werden. Es wurde uns von der Verwaltung umfassend vorgestellt und es war bald ersichtlich, dass das Geschäft gut vorbereitet wurde. Der neue Quartierplan ist toll und an neue Zielvorstellungen, wie verdichtetes Bauen oder neue Energiestandards, angepasst. Die Frage um die Veränderung der Bushaltestelle wurde im neuen Quartierplan ebenfalls bedacht. Der Verwaltung gelang es, mit den drei Grundeigentümern ein gutes Konzept auszuarbeiten. Zuerst ging es nur darum, die Filiale zu erweitern, was mit einem Baugesuch gegangen wäre. Der Verwaltung gelang es, mit den Grundeigentümern eine gute Sache auszuarbeiten, welche in einem zeitlichen Rahmen verwirklicht werden kann. Da für uns das Geschäft so klar und eindeutig schien, stellten wir den Antrag, dass es in einer Lesung behandelt werden kann. Herr Josua Studer wird ihnen den Antrag auch noch beliebt machen.

Josua Studer, parteilos: Danke, Herrn Präsident der VPK und Herr Präsident des Einwohnerrates. Wir haben das Geschäft an der VPK-Sitzung angeschaut. Wir waren von der guten Dokumentation überrascht. Es gibt eine optische Aufwertung an der Binningerstrasse, wenn dieses Haus umgebaut wird. Der Minergiestandard wird zustande kommen, weil die Eigentümer sich gefunden haben. Die Bauabteilung der Gemeinde hat es verstanden, mit den Grundeigentümern eine Einvernehmung zu finden, so dass diese interessiert sind, so rasch als möglich umzubauen. Man spürte heraus, dass die Begeisterung, so viel Geld zu investieren, bei einer Verzögerung sinken würde. Momentan wäre das Geld vorhanden und flüssig, es wäre optimal. Darum möchten wir nicht die Sommerpause verstreichen lassen, die Vorlage ist so eindeutig und toll. Wir könnten den Eigentümern entgegen kommen, wenn wir das Geschäft in einer Lesung erledigen könnten. Das ist ja nicht schwierig, da es eine eindeutige Sache ist. So könnte man denen entgegenkommen und uns auch. Die Bauerei wäre früher vorbei und wir hätten ein schöneres Bild für das Dorf. Danke.

Armin Bieri, Präsident: Danke. Ich frage den Rat an, ob das Eintreten bestritten ist. – Das ist nicht der Fall. Dann sind die Fraktionssprecher an der Reihe. Herr Andreas Bitterli.

Andreas Bitterli, SP/EVP-Fraktion: Sehr verehrte Anwesende. Herr Josua Studer hat mit seinem Schwärmen schon sehr viel gesagt. Der VPK wurde das Projekt sehr gut präsentiert. Die vorgelegten Pläne, auch die der Fassadengestaltung, waren schon recht gediehen. Es sieht sehr gut aus und das ist mit ein Grund, vorwärts zu machen und ein Gesamtkonzept durchzuziehen. Es steht im Reglement, dass in Etappen gebaut wird. Die Bank möchte mit ihrem Anbau vorwärts machen. Es ist aber festgelegt, dass wenn der Erste etwas macht, die andern konzeptionell schon etwas vorweisen und den Zeitrahmen der Gesamtsanierung festgelegt haben müssen. Mit dem Anreiz der Mehrnutzung, darum braucht es eine Revision des Zonenplanes, kann auch der energetische Teil, also im Minimum ein Minergiestandard, erwirkt werden. Eventuell wird der Vorderbau sogar als Minergie P gebaut. Auch der öffentliche Raum wird aufgewertet. Die etwas triste Fassade gewinnt mit einer Aufwertung. Die SP/EVP-Fraktion wird dem Antrag zustimmen. Danke.

Armin Bieri, Präsident: Gibt es weitere Wortbegehren? – Herr Lukas Brügger.

Lukas Brügger, CVP-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Wie meine Vorredner schon gesagt haben, war es sowohl in der VBK als auch in der CVP-Fraktion eine klare Sache. Wir werden dem Antrag auch zustimmen. Danke.

Armin Bieri, Präsident: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Zuerst der Antrag der VPK, dass man das Geschäft in einer Lesung erledigen kann. Wer dem Antrag zustimmen kann, soll es mit der Karte bezeugen.

://:

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Wir müssen über die Anträge des Gemeinderates unter 11.1. abstimmen.

Der Quartierplan im Unterdorf 2009, bestehend aus dem Situationsplan, Schnitte, Bebauung, Aussenraum und Erschliessung, im Massstab 1:500. Dem Quartierplanreglement wird zugestimmt und dem Regierungsrat Baselland zur Genehmigung vorgelegt.

Wer dem zustimmen kann, soll es mit der Karte bezeugen.

://:

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

11.2 Der Mutation der Differenzfläche des neuen Quartierplans im Unterdorf 2009 zum bestehenden Quartierplan in die W3-Zone wird zugestimmt und dem Regierungsrat Baselland zur Genehmigung vorgelegt.

Wer dem zustimmen kann, soll es mit der Karte bezeugen.

://:

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

11.3 Die öffentliche Urkunde betreffend Quartier wird zur Kenntnis genommen.

Wer dem zustimmen kann, soll es mit der Karte bezeugen.

://:

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung über das Geschäft.

Wer dem zustimmen kann, soll es mit der Karte bezeugen.

://:

Das Geschäft ist erledigt.

536 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 11

Bericht des Gemeinderates vom 02.06.2010 betreffend
Bewilligung eines Verpflichtungskredites von CHF 160'000
zur Beschaffung eines Atemschutz-Fahrzeugs für die Feuerwehr
Antrag des ER-Büros: Direkte Beratung
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff, Geschäft 3946

Gemeinderat Thomas Pfaff, Vorsteher Departement Einwohnerdienste - Sicherheit: Herr Präsident, verehrte Damen und Herren Einwohnerräte. Die Erneuerung des Atemschutz-Fahrzeuges ist im Finanzplan 2012 vorgesehen. Leider hat das Fahrzeug den Bericht nicht gelesen und gab schon vorher den Geist auf. Zurzeit ist das Fahrzeug provisorisch repariert. Eine definitive Reparatur würde den Zeitwert weit überschreiten, darum bittet der Gemeinderat darum, das Fahrzeug jetzt schon zu ersetzen. Es macht mehr Sinn, als Geld in ein marodes Fahrzeug zu stecken. Wir baten das Büro Einwohnerrat, ihnen das Geschäft ohne Kommissionsprüfung vorlegen zu können, weil wir in der glücklichen Lage sind, dass eine Offerte mit Gültigkeit bis Ende Juli vorliegt. Das Fahrzeug kann so bis Ende Jahr beschafft werden. Vielleicht haben sie sich gefragt, ob das neue Fahrzeug und das neue Magazin in Zusammenhang stehen. Da kann ich ganz klar sagen, dass es nicht zusammenhängt. Das Konzept, wie der Fahrzeugpark auszusehen hat, besteht und verändert sich nicht. Die einzelnen Fahrzeuge sehen sie in der Auflistung unter Kapitel 2. Das Atemschutz-Fahrzeug rückt immer dann aus, wenn mehr als nur einige Leute gebraucht werden. Es bringt die atemschutztauglichen Feuerwehrmänner zum Schadensplatz. Ich bitte sie, dem Antrag des Gemeinderates zu folgen und die CHF 160'000 inkl. MwSt zu bewilligen.

Armin Bieri, Präsident: Danke. Ich frage den Rat an, ob das Eintreten bestritten ist. – Das ist auch nicht der Fall. Wir kommen zur Detailberatung. Die Fraktionssprecherinnen.

Kathrin Gürtler, 1. Vizepräsidentin: Herr Simon Zimmermann.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Die SVP-Fraktion ist für die Beschaffung dieses Fahrzeugs. Mehr als 20 Jahre sind eine rechte Zeit. Es wäre, wie wir gehört haben, erst 2012 vorgesehen gewesen. Der Schaden ist einiges höher. Es wäre nicht zumutbar, wenn man die Leute mit dem Atemschutzgerät auf dem Rücken vom Magazin in den Rosenberg laufen liesse. Bei gewissen Leuten wäre ich zwar ein Befürworter, dass sie lernen zu rennen, aber das kann man woanders machen. Danke für die Zustimmung.

Kathrin Gürtler, 1. Vizepräsidentin: Herr Josua Studer.

Josua Studer, parteilos: Herr Präsident, werte Anwesende. Ich finde es gut, dass der Gemeinderat wie die Feuerwehr mit dieser Vorlage kommt. Ich habe nur eine kurze Frage. Ich kenne den Wunsch für ein Allrad- und Untersetzungsgetriebe. Gibt es da bereits eine Idee, ob man ein Schweizerprodukt, Bucher Duro, berücksichtigen könnte? Sie haben gute Leistungsausweise für Feuerwehr- und Militärfahrzeuge. So könnten wir einmal ein Schweizerprodukt unterstützen. Auch wenn es einige Franken mehr kosten würde, es käme der einheimischen Industrie zugute. Danke für die Beantwortung.

Kathrin Gürtler, 1. Vizepräsidentin: Herr Andreas Bammatter.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Wir können es kurz machen. Ein Feuerwehrmagazin ohne Auto macht keinen Sinn. Ein Feuerwehrauto, welches defekt ist, nützt nichts. Der Atemschutz ist heute überlebensnotwendig. Darum wird die Fraktion der Beschaffung zustimmen.

Kathrin Gürtler, 1. Vizepräsidentin: Herr Kurt Kneier.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Geschätzter Präsident, werte Damen und Herren. Wer mich kennt, wird schon wissen, was ich ihnen nun sagen werde. Ich sage es nicht. Ich sage, was die Fraktion sagt. Wir stimmen diesem Verpflichtungskredit zu. Alles andere wäre zu viel gesagt. Herr Gemeinderat Thomas Pfaff hat die Situation hervorragend erkannt und die Vorlage mit grossem Einsatz über das Wochenende erstellt. Herzlichen Dank.

Kathrin Gürtler, 1. Vizepräsidentin: Herr Peter von Arx.

Peter von Arx, FDP/GLP-Fraktion: Sehr geehrte Damen und Herren. Die FDP/GLP-Fraktion hat sich besprochen und wir denken, dass Sicherheit in der Gemeinde Allschwil vor geht. Darum stimmen wir der Vorlage zu. Danke.

Armin Bieri, Präsident: Gibt es weitere Redner? – Herr Simon Maurer.

Simon Maurer, SP/EVP-Fraktion: Geschätzter Präsident, werte Anwesende. Ich habe eine grundsätzliche Frage. Herr Simon Zimmermann sagte es schon, das Auto ist jetzt 22-jährig. Wäre es 2012 ersetzt worden, wäre es 24-jährig gewesen. Was ist die generelle Lebensdauer eines Feuerwehrautos? Wie wird das berechnet? Das ist eine Frage an Herrn Gemeinderat Thomas Pfaff.

Armin Bieri, Präsident: Das Wort hat Gemeinderat Thomas Pfaff.

Gemeinderat Thomas Pfaff, Vorsteher Departement Einwohnerdienste - Sicherheit: Ich beantworte gerne die Fragen. Herr Josua Studer fragt, ob die Marke Bucher zum Einsatz kommt, um das einheimische Gewerbe zu unterstützen. Unser Ziel ist nicht primär der Heimatschutz. Das ist durchaus ein schönes Ziel, aber der Auftrag, den wir von ihnen regelmässig bei von Budget- und Rechnungssitzungen erhalten, ist es, kostengünstig zu arbeiten. Aus diesem Grund haben wir uns auch bemüht, eine kostengünstige Offerte einzuholen. Wir unterscheiden nicht zwischen einem Schweizerprodukt oder einem aus einem Nachbarland. Konkret wird es ein Mercedes Benz-Chassi sein. Die Frage von Herrn Simon Maurer betreffend Lebensdauer eines Feuerwehrautos. Die durchschnittliche Lebensdauer liegt bei 20 Jahren. Wir dachten auch daran, das Auto 2008 zu ersetzen. Da wir aber in den vergangenen Jahren unsere Investitionen prüfen mussten und das Auto noch einen lebendigen Eindruck machte, schob der Gemeinderat die Anschaffung auf 2012 zurück. So konnten wir immerhin zwei Jahre schieben.

Kathrin Gürtler, 1. Vizepräsidentin: Herr René Imhof.

René Imhof, SVP-Fraktion: Werter Präsident, sehr geehrte Anwesende. Eine weitere Frage drängt sich auf. Warum least man ein solches Fahrzeug nicht? Da wäre alles enthalten und man hätte über Jahre fixe Kosten.

Kathrin Gürtler, 1. Vizepräsidentin: Herr Josua Studer.

Josua Studer, parteilos: Danke für das Wort. Das Problem der Fahrzeugbeschaffung sollte nicht nur beim Preis liegen, es sollte jenen dienen, die es benutzen. Man hört allgemein, und speziell vom Werkhof, dass sie mit den günstig angeschafften Fahrzeugen, die im Moment im Einsatz stehen, gar nicht glücklich sind. Es bringt nichts, Franken zu sparen und Leute unglücklich zu machen. So gross sind die Unterschiede heute auch nicht mehr. Wenn man einen Mercedes nimmt, kann man ganz gut auch einen Bucher nehmen.

Kathrin Gürtler, 1. Vizepräsidentin: Gemeinderat Thomas Pfaff.

Gemeinderat Thomas Pfaff, Vorsteher Departement Einwohnerdienste - Sicherheit: Danke für das Wort, obschon ich mich nicht gemeldet habe. Ich beantworte gerne die Frage von Herrn René Imhof. Leasen ist tendenziell eher teurer als kaufen. Eine Firma macht das, wenn sie die Liquidität nicht hat, oder sie sie sich nicht nehmen will. Eine Gemeinde kauft in der Regel. Wenn sie es noch genauer wissen möchten, muss ich an meine Kollegin, die Finanzministerin, weitergeben. Vielleicht kann Frau Gemeinderätin Nicole Nüssli helfen.

Kathrin Gürtler, 1. Vizepräsidentin: Herr Simon Zimmermann.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Ich kann sagen, dass die Feuerwehren insgesamt, und wir in Allschwil auch, mit dem Mercedes zufrieden sind. Wir haben keine Probleme. Es ist auch kein billiges Fahrzeug. Die Firma Feumotech arbeitet meines Wissens auch gern mit Mercedes zusammen und hat solche Ausstattungen auch schon gemacht. Es war nie ein Thema, dass wir nicht zufrieden gewesen wären. Wir brauchen keine Luxuslösung, wir brauchen eine Lösung, die zum Arbeiten dient. Wir brauchen keinen Schnickschnack. Danke.

Kathrin Gürtler, 1. Vizepräsidentin: Herr Christoph Benz.

Christoph Benz, SP-EVP-Fraktion: Wenn das Chassi schon aus Deutschland kommt, kommt der Aufbau dann auch von dort? Oder kommt der wenigstens aus der Schweiz? Was meinen Sie, Herr Gemeinderat Thomas Pfaff?

Armin Bieri, Präsident: Gemeinderat Thomas Pfaff. Möchten Sie noch einmal?

Gemeinderat Thomas Pfaff, Vorsteher Departement Einwohnerdienste – Sicherheit: Ja gut, Herr Christoph Benz. Herr Simon Zimmermann nannte bereits einen Namen. Die vorliegende Offerte stammt von der Firma Feumotech aus dem Schweizer Mittelland. Sie haben bereits unser Hilfeleistungsfahrzeug, das Modulfahrzeug, die Autodrehleiter und das Kommandoauto geliefert. Bisher wurde zur vollen Zufriedenheit geliefert. Wir sind zuversichtlich, dass es auch diesmal erfolgt.

Armin Bieri, Präsident: Weitere Wortbegehren? – Tatsächlich nicht. Wir kommen zur Abschnittweisen Beratung.

Cedric Roos, 2. Vizepräsident:

1. Ausgangslage

2. Fahrzeugpark der Feuerwehr Allschwil

3. Anforderungen an ein Atemschutz-Fahrzeug

4. Kosten

5. Dringliche Beschaffung

Armin Bieri, Präsident: Da es keine Wortmeldungen gibt, kommen wir zu 6. Anträge. Der Gemeinderat beantragt:

Gestützt auf diese Ausführung beantragt der Gemeinderat zu beschliessen: Für die Ersatzbeschaffung des Atemschutz-Fahrzeuges für die Feuerwehr Allschwil wird ein Verpflichtungskredit von CHF 160'000 inkl. MwSt bewilligt.

Wer dem zustimmen kann, soll es mit der Karte bezeugen.

://:

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Die meisten Sprecher hatten wir über das Feuerwehrfahrzeug. Wir haben das Ziel erreicht. Ich schliesse die heutige Sitzung.

ENDE der Sitzung vom 15. Juni 2010

Mittwoch, 16. Juni 2010, 18.00 Uhr

Armin Bieri, Präsident: Geschätzte Anwesende, ich eröffne hiermit die Sitzung. Das Fussballspiel ist zu Ende. Die Schweiz hat es geschafft, 1 zu 0 gewonnen gegen Spanien. Der Abend könnte nicht besser beginnen.

Die Post informiert mit einer Präsentation zur Petition „Wir fordern eine Poststelle in Fussdistanz für Neallschwil“.

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

Armin Bieri, Präsident: Nach der Präsentation fahren wir mit der Sitzung fort. Zuerst gebe ich das Wort Herrn Andreas Bammatter, er möchte eine Erklärung abgeben.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Ratskolleginnen und Kollegen. Die SP/EVP-Fraktion wurde gestern, wie ihr auch, vom sofortigen Rücktritt unseres Kollegen Herrn Jürg Grass aus persönlichen Gründen überrascht. Wir nehmen seinen Entscheid bedauernd zur Kenntnis. Infolge der Kurzfristigkeit und der Sommerpause beantragen wir dem Rat bei den Traktanden 9.d, Wahlen der Stimmezähler, den zweiten Kandidaten der SP/EVP-Fraktion erst im September zu wählen. Ich möchte es aber nicht unterlassen, Herrn Jürg Grass für seine langjährige Rats- und Kommissionsarbeit vorerst auf diesem Weg zu danken. Ich bitte sie, dem Antrag zu folgen. Danke.

Armin Bieri, Präsident: Herr Josua Studer.

Josua Studer, parteilos: Herr Präsident, werte Anwesende. Ich bin der Meinung, dass man einen Austritt aus persönlichen Gründen aus dem Einwohnerbüro nicht einfach im Raum stehen lassen darf. Es wird nicht kommuniziert, was die Fakten sind. Es ist eine Vorstandsaufgabe, was eine ernste Sache ist. Das zweite ist, dass Herr Jürg Grass noch Präsident der Kommission Reglement und Gemeindeordnung ist. Ich bin der Meinung, dass man sich aus der Politik so nicht verabschieden kann, das geht nicht. Wir haben das Recht zu wissen, warum das passierte. Ich verstehe aber den Antrag der SP und würde ihn begrüßen.

Armin Bieri, Präsident: Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag von Herrn Andreas Bammatter zur Änderung der Traktandenliste. Wer dem zustimmen kann, soll es mit der Karte bezeugen.

://:

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Wir haben heute noch ein neues Postulat von Herrn Siro Imber erhalten. Dieses wird allen noch zugestellt. Dann kommen wir jetzt zu Geschäft 3944, Wahlen der Mitglieder des Büros.

537 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 9

Wahl der Mitglieder des Büros des Einwohnerrates für die Amtsperiode 2010/2011

- a) Wahl des Präsidenten / der Präsidentin des Einwohnerrates
- b) Wahl des 1. Vize-Präsidenten / der 1. Vize-Präsidentin
- c) Wahl des 2. Vize-Präsidenten / der 2. Vize-Präsidentin
- d) Wahl von 2 Stimmezählern / Stimmezählerinnen
- e) Wahl von 2 Ersatzleuten für die Stimmezähler / Stimmezählerinnen, Geschäft 3944

Armin Bieri, Präsident: Wir beginnen mit

- a) Wahl des Präsidenten / der Präsidentin des Einwohnerrates für die Amtsperiode 2010/2011
Das Wort hat Herr Siro Imber.

Siro Imber, FDP/GLP-Fraktion: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. An dieser Stelle möchte ich Herrn Armin Bieri für das vergangene Präsidialjahr danken. Er hat die nicht immer so einfache Aufgaben immer souverän wahrgenommen. Besondern Dank auch dafür, dass er das Präsidialjahr unvorhergesehenemassen ein Jahr früher als geplant übernommen hat. Ich darf ihnen im Namen der

FDP/GLP-Fraktion die bisherige Einwohnervizepräsidentin Frau Kathrin Gürtler vorschlagen. Frau Kathrin Gürtler ist seit den letzten Wahlen Mitglied des Einwohnerrates, Mitglied der Geschäftsprüfungskommission und hat auch verschiedene andere Milizämter bei der christkatholischen Kirche wahrgenommen. Sie ist Juristin. Ich bitte Sie um Unterstützung für Frau Kathrin Gürtler.

Armin Bieri, Präsident: Vielen Dank. Noch kurz zum Prozedere. Die Wahlen sind geheim, sie werden schriftlich ausgeführt. Die Stimmzähler teilen nun die Wahlzettel aus. Nach zwei bis drei Minuten werden sie wieder eingezogen.

[Wahlzettel werden ausgeteilt]

Armin Bieri, Präsident: Geschätzte Anwesende. Wir haben das Resultat der ersten Wahl des Präsidiums für das Amtsjahr 2010/2011. Ausgeteilt: 37, eingegangen 37, davon ungültige 4, gültig 30, das absolute Mehr liegt bei 17.

Erhalten haben Stimmen: Kathrin Gürtler 30, Siro Imber 3.

://:

Ich darf Frau Kathrin Gürtler zu der erfolgreichen Wahl gratulieren. Ich wünsche ihr für das nächste Jahr das Beste.

Kathrin Gürtler, 1. Vizepräsidentin: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Für ihr Vertrauen danke ich herzlich. Das Amt der Einwohnerratspräsidentin ist ein ehrenvolles. Ich freue mich, dass ich es ein Jahr lang bekleiden darf. Ich gehe sicher mit Respekt an diese Aufgabe heran und gebe mein Bestes. Im letzte Jahr habe ich im Einwohnerrat und vor allem im Einwohnerratsbüro viele Erfahrungen sammeln dürfen. Dafür bedanke ich mich bei allen Büromitgliedern, speziell bei Herrn Armin Bieri, Frau Sandra Steiner und Herrn Nic Proschek. Ebenfalls bedanke ich mich beim Ehepaar Gloor, welche einen wesentlichen Beitrag an einen reibungslosen Ablauf einer Einwohnerratssitzung leisten, vor allem, dass wir nicht mit knurrenden Mägen da sitzen müssen. Ich freue mich auf eine weitere gute Zusammenarbeit. In unserer Gemeinde gibt es unzählige Leute, die in der Freiwilligenarbeit engagiert sind. Sie geben ihr Herzblut für die Sache, ohne dass sie etwas Materielles dafür haben wollen. Dazu gehören auch die Kirchen. In Baselland läuft zurzeit eine Studie die aufzeigen wird, wie viel der Staat durch die Freiwilligenarbeit der Kirchen einsparen kann bzw. ausgeben müsste, wenn er diese Aufgaben übernehmen müsste. Eine ähnliche Studie in Solothurn zeigte, dass dies eine grosse Summe ist. Um an alle diese Leute zu denken und ihnen unsere Wertschätzung zu zeigen, lade ich alle Anwesenden in den christkatholischen Gemeindesaal an der Schönenbuchstrasse zum Apéro ein. Leider machte mir das Wetter einen Strich durch die Rechnung und wir können leider nicht im Kirchgarten sein. Ich danke noch einmal, dass sie mich gewählt haben.

Armin Bieri, Präsident: Herr Josua Studer.

Josua Studer, parteilos: Herr Präsident. Danke für das Wort. Sie haben vorher das Resultat verlesen, dazu habe ich noch eine Frage. Sie wissen, ich nehme es gerne genau. Sie sagten, dass 37 Zettel verteilt wurden. 37 kamen zurück, 4 waren ungültig und gültig 30. Da fehlen mir 3 Stimmen. 3 Stimmen hat Herr Siro Imber bekommen. Heisst das, seine Stimmen sind ungültig?

Armin Bieri, Präsident: Sie haben absolut recht. Es waren 33 gültige Stimmen, davon 30 für Frau Kathrin Gürtler und 3 für Herrn Siro Imber. Danke.

Dann kommen wir zum Geschäft 3944 b, zur Wahl des 1. Vizepräsidenten. Darf ich um Vorschläge bitten.

Hans-Peter Tschui, SVP-Fraktion: Liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzter Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Die SVP-Fraktion schlägt Ihnen Herrn Cedric Roos als 1. Vizepräsidenten vor. Wir möchten Ihnen diese Wahl empfehlen. Danke.

Armin Bieri, Präsident: Danke. Gibt es weitere Vorschläge? – Das ist nicht der Fall. Ich bitte, die Stimmzettel auszuteilen.

(Wahlzettel werden ausgeteilt)

Armin Bieri, Präsident: Geschätzte Anwesende. Wir haben das Resultat der Wahl zum 1. Vizepräsidenten. Ausgeteilt: 37, eingegangen 37, ungültige 4, gültig 33, das absolute Mehr liegt bei 17.

Erhalten haben Stimmen: Cedric Roos 21, Hans-Peter Tschui 6, Josua Studer 6, Gelson Fernandes 1, Torschütze beim heutigen Spiel.

://:

Ich gratuliere Herrn Cedric Roos zur Wahl zum 1. Vizepräsidenten.

Cedric Roos, 2. Vizepräsident: Herr Präsident, geschätzter Einwohnerrat. Ich danke herzlich für die knappe Wahl und freue mich auf die neue Aufgabe.

Armin Bieri, Präsident: Dann kommen wir zum Geschäft 3944 c, zur Wahl des 2. Vizepräsidenten. Darf ich um Vorschläge bitten.

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Liebe Kolleginnen und Kollegen. Die CVP-Fraktion schlägt Ihnen Herrn Rolf Adam vor. Wir möchten in der Tradition fortfahren und auch jemanden neuen und jungen vorschlagen. Herr Rolf Adam ist seit 2005 im Einwohnerrat und kennt sich mit den Geschäften bestens aus. Ich empfehle ihn herzlich zur Wahl. Danke.

Armin Bieri, Präsident: Danke. Gibt es weitere Vorschläge? – Das ist nicht der Fall. Ich bitte, die Stimmzettel auszuteilen.

(Wahlzettel werden ausgeteilt)

Armin Bieri, Präsident: Geschätzte Anwesende. Wir haben das Resultat der Wahl zum 2. Vizepräsidenten. Ausgeteilt: 37, eingegangene 37, ungültige keine, gültig 37, das absolute Mehr liegt bei 19 Stimmen.

://:

Gewählt ist Herr Rolf Adam mit 35 Stimmen.

Erhalten haben 1 Stimme: Lukas Brügger und Philippe Adam. Ich gratuliere.

Rolf Adam, CVP-Fraktion: Liebe Kolleginnen und Kollegen. Herzlichen Dank für das Vertrauen und das ausserordentliche Resultat. Ich freue mich auf die neue Aufgabe, es wird sicher interessant. Herzlichen Dank.

Armin Bieri, Präsident: Dann kommen wir zum Geschäft 3944 d, zur Wahl eines Stimmzählers. Darf ich um Vorschläge bitten.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Geschätzte Kolleginnen. Wir von der SP/EVP-Fraktion schlagen Ihnen Herrn Simon Maurer vor. Danke.

Armin Bieri, Präsident: Dann bitte ich darum, die Stimmzettel auszuteilen. Gibt es weitere Vorschläge? – Dann können wir eine stille Wahl abhalten, wenn es so genehm ist.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Entschuldigung. Ich muss noch etwas berichtigen. Er heisst

Maurer und nicht "Murer". Er ist kein Zürcher, sondern ein FCB-Fan.

://:

Wenn die Wahl nicht bestritten ist, dann gratuliere ich Herrn Simon Maurer zur Wahl in das Büro.

Simon Maurer, SP/EVP-Fraktion: Herzlichen Dank.

Armin Bieri, Präsident: Dann kommen wir zur Wahl der zwei Ersatzstimmzähler. Darf ich um Vorschläge bitten.

Julia Gosteli, Fraktion Grüne: Geschätzte Anwesende. Wir schlagen Herrn Nedim Ulusoy von den Grünen vor. Danke.

Armin Bieri, Präsident: Darf ich um weitere Vorschläge bitten für den zweiten Stimmzähler.

Mathilde Oppglier, CVP-Fraktion: Wenn sich niemand meldet, würden wir gerne Herrn Kurt Kneier weiterhin zur Verfügung stellen.

Armin Bieri, Präsident:

://:

Ich lege den Applaus so aus, dass die Wahl genehmigt ist.

Herr Gemeinderat Arnold Julier hat noch eine Mitteilung.

Gemeinderat Arnold Julier, CVP: Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren. Ich habe noch eine unbeantwortete Frage von Frau Barbara Selinger von gestern offen. Zwar gab ich keine Garantie, dass ich sie beantworten kann, weil es nicht ganz einfach war. Ich musste mit vielen Zahlenbeugen an die Sache heran. Wie gestern gesagt, kann ich nicht genau sagen, wie viele VP-Fälle ein Sozialarbeiter betreut, aber ich kann es insgesamt sagen. Auf 100 Stellenprozente fallen 96 Fälle. Das war so am Stichtag 30. 4. 2009. Danke.

Armin Bieri, Präsident: Danke. Die drei verbleibenden Geschäfte werden auf die nächste Traktandenliste verschoben, da die Zeit schon fortgeschritten ist. Für den Postbericht planten wir 30 Minuten ein, wir brauchten 5/4 Stunden. Das war aber auch wichtig, da es unter den Nägeln brannte. Ich möchte zum Schluss Frau Sandra Steiner und Herrn Nic Proschek danken. Sie sind im zweiten Halbjahr zur Hochform aufgelaufen, das war sehr hilfreich. Auch dem Ehepaar Gloor möchte ich einen grossen Dank aussprechen. Frau Anita Gloor verwöhnte uns mit den grossartigen Buffets in den Pausen. Sie ist die gute Fee des Einwohnerrates. Herrn Hugo Gloor bezeichnete ich gestern als Abwart, da mir der Name entfallen war. Er ist aber unser Ratsweibel und die gute Seele. Ich möchte die beiden zu mir hoch bitten.

Damit schliesse ich die Sitzung und meine Präsidentschaft dieses Rates. Es war kein einfaches Jahr, das haben Sie gemerkt, und ich bin nun auch froh, dass diese Belastung für mich wegfällt. Ich werde es im nächsten Jahr geniessen, wieder eine Stufe tiefer zu sitzen und die Arbeit des neuen Präsidiums zu geniessen. Danke.